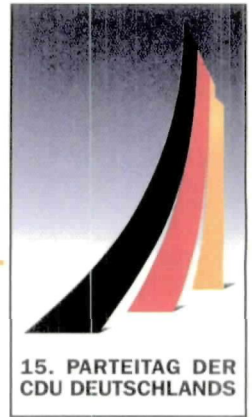


Frankfurt am Main • 16. – 18. Juni 2002



Bericht der Bundesgeschäftsstelle
Anlage zum
Bericht des Generalsekretärs
Zwischenbericht zur Kampagne 2002



Inhaltsverzeichnis

1. Service für Partei und Kandidaten
2. Versprochen – Gebrochen: Angriffsmaterialien gegen Rot-Grün
3. Man kann auch gut regieren: Materialien zur Kompetenz der Union
4. Zeit für Taten: Das Regierungsprogramm von CDU und CSU
5. Materialien zum Kanzlerkandidaten
6. Sommeraktivitäten
7. Der Wahlkampf der CDU im Internet

1. Service für Partei und Kandidaten

Die Mobilisierung der Aktiven in der Partei ist ein herausragendes Anliegen der Internen Kommunikation der CDU. Seit dem vergangenen Jahr sind viele Materialien und Serviceangebote aufgelegt worden. Das Angebot wird bis zum Schluss des Wahlkampfes laufend ergänzt.

Zur Vorbereitung auf den Wahlkampf hat die CDU im März/April ein umfangreiches **Wahlkampfhandbuch** (Empfängerkreis: Kandidaten, Landes-, Bezirks- und Kreisverbände sowie die Vereinigungen auf Bundesebene) herausgegeben. Es enthält strategische Analysen, praktische Tipps für die Wahlkampfarbeit vor Ort und Informationen über das breite Serviceangebot der Bundesgeschäftsstelle.

Ziel bei der Kampagne 2002 ist auch ein überzeugender und einheitlicher optischer Auftritt. Als Hilfestellung bei der Erstellung von Drucksachen der Kandidaten und Kreisverbände ist daher erstmals das „**Markenhandbuch**“ der CDU erarbeitet worden (Empfängerkreis: Kandidaten, Landes-, Bezirks- und Kreisverbände sowie die Vereinigungen auf Bundesebene). Es enthält genaue Erklärungen, wie das CDU-Logo und weitere graphische Elemente im Wahlkampf einzusetzen und wie Plakate zu gestalten sind. Dem Markenhandbuch liegt eine **CD-Rom** mit Masterdateien für die verschiedenen CDU-Logos bei. Die CD-Rom und das Markenhandbuch dienen auch als Hilfestellung für Werbeagenturen, die vor Ort mit der Erstellung von CDU-Drucksachen beauftragt werden.

Ein weiterer Katalog, der vor kurzem an Kandidaten und Kreisverbände versandt wurde, enthält eine Übersicht über sämtliche für den Wahlkampf aufgelegten **Werbemittel**.

Für alle Bundestagskandidaten der CDU bietet der **Kandidatenservice** während der Kampagne 2002 umfassende Leistungen. Bereits seit Ende Juni 2001 ist die Kandidaten-Hotline (030) 22 070 - 233 geschaltet. Um ein einheitliches Erscheinungsbild der Kandidaten für Plakate, Prospekte, Internetauftritt etc. zu gewährleisten, sind den Kandidaten Fototermine gegen Kostenerstattung angeboten worden. Ebenso können die Kandidaten einen Service zur Erstellung von Kandidatenprospekten und Kandidatenplakaten nutzen. Damit die Wahlkampf-Teams der Kandidaten optisch besser erkennbar sind, erhalten die Kandidaten ein entsprechendes Angebot an T-Shirts, Jacken, Kappen usw. mit Eindrucksmöglichkeit. Für den persönlichen Wahlkampf benötigen die Kandidaten außerdem Kleinwerbemittel, die mit Namensaufdruck versehen werden – auch hierzu ist den Kandidaten wieder ein Angebot mit entsprechenden Werbemitteln zur Verfügung gestellt worden. Im Wahlkampf 2002 bietet der Kandidatenservice außerdem als neue Leistungen Wahlkampfseminare, Strategie-Beratung, einen speziellen Fotoservice sowie einen E-Mail- und SMS-Nachrichtendienst an. Das **KandiNet** ist zur wichtigsten und aktuellsten Informationsschiene für die Kandidaten ausgebaut worden und enthält zahlreiche Service-Angebote für Kandidaten.

Für Mitglieder und Anhänger der CDU ist ferner der **Anstecker „Zeit für Taten“** entworfen worden. Er wird auch allen Bürgern zugeschickt, die sich im Rahmen der neuen Mitgliederwerbekampagne für die CDU entscheiden. Um dem wachsenden

Interesse in der Bevölkerung an einer Mitgliedschaft in der CDU entgegen zu kommen, hat die Bundesgeschäftsstelle einen neuen **Mitglieder-Flyer** aufgelegt.

2. Versprochen – Gebrochen: Angriffsmaterialien gegen Rot-Grün

Der 22. September ist nicht zuletzt eine Abstimmung über Schröders desolote politische Bilanz, insbesondere in den Bereichen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Er ist aber auch eine Abstimmung über die Glaubwürdigkeit des Bundeskanzlers.

Das zentrale Angriffsmotto der CDU lautet „Versprochen – Gebrochen“. Den neun Versprechen des Gerhard Schröder von 1998 hat die CDU – in Form einer an das SPD-Material von 1998 angelehnten „**Garantiekarte**“ – die traurige Bilanz des Jahres 2002 gegenübergestellt. Das Ergebnis ist eindeutig: Keines der Versprechen hat Rot-Grün eingelöst.

Als zentrales Thema der Kampagne hat sich das Thema Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik herauskristallisiert. Bereits zu Jahresbeginn hat die CDU diese Themen in ihrer Kommunikation durch eine Reihe von **Materialien zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik** in den Mittelpunkt gestellt. Zwei Angriffs-Motive wurden als Banner an der Fassade des Konrad-Adenauer-Hauses platziert. Außerdem wurden ein Faltblatt und eine Reihe von E-Cards im Internet angeboten. Zu Karneval hat die CDU eine Wandzeitung mit Angriffs-Motiv herausgebracht. Ende Februar/Anfang März haben CDU und CSU eine gemeinsame **Aktionswoche** zum Thema Wirtschaft durchgeführt. Folgende Materialien wurden aufgelegt:

- Leporello „Wirtschaftswachstum made by Schröder – Letzter in Europa“
- Plakat „Wirtschaftswachstum made by Schröder – Letzter in Europa“
- Plakat „Der 4-Millionen-Kanzler“
- Plakat „Vier Millionen Arbeitslose: Wann wird endlich re(a)giert?“
- KAH-Banner „Vier Millionen Arbeitslose: Wann wird endlich re(a)giert?“
- KAH-Banner „Wirtschaftswachstum made by Schröder – Letzter in Europa“
- Aktions-Postkarte „400 Euro“
- Postkarten-Edition

3. Man kann auch gut regieren: Materialien zur Kompetenz der Union

Die Union sagt: Man kann auch gut regieren. Die unionsregierten Bundesländer beweisen das mit ihren hervorragenden Bilanzen. Die Daten des Statistischen Bundesamtes, der Bundesanstalt für Arbeit usw. belegen, dass die unionsgeführten Länder in den entscheidenden Politikfeldern Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze, Neuverschuldung, Bildung und Innere Sicherheit im Vergleich mit den SPD-geführten Ländern klar vorn liegen. Diesen Vorsprung dokumentiert unser Verteilmittel „**Ländervergleich**“.

Dass die CDU auch in den neuen Ländern die bessere Politik macht, zeigt die **Broschüre „Im Osten was Neues“**. Für Mecklenburg-Vorpommern wurde zusätzlich eine Wandzeitung mit Angriffs-Motiv aufgelegt.

4. Zeit für Taten: Das Regierungsprogramm von CDU und CSU

Unter der Überschrift „Leistung und Sicherheit – Zeit für Taten“ haben CDU und CSU am 6. Mai ihr gemeinsames Regierungsprogramm 2002 – 2006 vorgestellt. Das Regierungsprogramm steht als **Dokumentation** sowie in einer attraktiv gestalteten **Kurzfassung** zur Verfügung.

Zu den zentralen Einzelthemen des Regierungsprogramms – also Wirtschaft, Steuern, Familien, Gesundheit, Rente, Zuwanderung etc. – sind weiterhin „**Argu-Karten**“ im Postkarten-Format gestaltet und an sämtliche Mandats- und Funktionsträger der Partei verteilt worden (Empfängerkreis: UiD-Abonnenten). Die Karten fassen die Versäumnisse von Rot-Grün sowie die Konzepte der Union zusammen und sollen als Hilfestellung bei Diskussionen und öffentlichen Auftritten dienen.

Außerdem wird für die Arbeit der Partei eine Serie von **Leporellos** (Faltblätter) zu den zentralen Themen des Wahlkampfs aufgelegt. Zum Thema Familienpolitik sind neben dem Leporello auch ein Plakat und ein Kinder-Malblock erhältlich, der für den von der CDU ausgeschriebenem Kinder-Malwettbewerb eingesetzt werden kann.

Nach den Ereignissen von Erfurt hat die CDU die Vorsitzende der Frauen-Union, Prof. Dr. Maria Böhmer, zur Beauftragten im Kampf gegen Gewalt in den Medien ernannt. Die Broschüre, die zum Start der **CDU-Aktion „Rote Karte gegen Gewalt in den Medien“** produziert wurde, enthält die Positionen der CDU sowie Aktionspostkarten.

Anlässlich des SPD-Parteitags am 2. Juni in Berlin haben CDU und CSU eine **Anzeigenkampagne** in den führenden Sonntagszeitungen (Welt am Sonntag, Bild am Sonntag, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung) gestartet. Zusätzlich wurde eine „Zeitung“ mit dem Titel „**Abwärts**“ aufgelegt, die auf das SPD-Traditions-Organ „Vorwärts“ anspielt, und die die Misserfolge der rot-grünen Koalition sowie das Regierungsprogramm der Union dokumentiert.

5. Materialien zum Kanzlerkandidaten

Die Werbelinie, die für den Kanzlerkandidaten der Union, Edmund Stoiber, entwickelt wurde, nimmt seine Positionierung als Regierungschef mit der Kompetenz für Deutschland auf. Am 3. April ist im Konrad-Adenauer-Haus das erste Plakat mit dem Kanzlerkandidaten unter der Überschrift „**Kantig. Echt. Erfolgreich.**“ den Medien vorgestellt worden – mit hervorragender Medienresonanz. Das **Plakat** wurde außerdem als **Postkarte** und **Wandzeitung** aufgelegt sowie als **Banner** an der Fassade des Konrad-Adenauer-Hauses angebracht. Für die Arbeit der Verbände wird außerdem eine **Broschüre** aufgelegt, die den Politiker und den Menschen Edmund Stoiber vorstellt.

6. Sommeraktivitäten

Höhepunkte der Parteiaktivitäten während der Ferienwochen werden die **Sommertouren** der Parteivorsitzenden Dr. Angela Merkel vom 5. bis 20. Juli und des Kanzlerkandidaten Dr. Edmund Stoiber vom 20. Juli bis 2. August sein. Der Partei wurde außerdem wieder eine attraktive **Sommerwandzeitung**, auch als Plakat, angeboten.

Vom 12. bis 14. Juli führt die CDU erstmals ein großes **Sommercamp** im nordrhein-westfälischen Geseke-Eringerfeld durch, um rund eintausend junge Wahlkampfhelfer der Bundestagskandidaten – auch in Begegnungen mit der Parteispitze – auf den Wahlkampf einzustimmen.

Um die Jungwähler auf zeitgemäße Art anzusprechen, werden in diesem Jahr besondere Sympathiewerbemittel wie die so genannten „**Edgar-Cards**“ (in Lokalen verteilte Postkarten) eingesetzt.

7. Der Wahlkampf der CDU im Internet

In der laufenden Kampagne nutzen wir das Online-Medium weitaus intensiver als noch bei der letzten Bundestagswahl 1998. Dies hat viele Gründe: Geringere Online-Kosten, gestiegene Nutzerzahlen, die technische Entwicklung sowie die fortschreitende Professionalisierung im Online-Bereich. Mit dem Internet als Wahlkampfinstrument will die CDU vor allem zwei Ziele erreichen: Zum einen die Verbesserung der internen Kommunikation, und zum anderen die Stärkung der Kampagnenfähigkeit der Partei. Nicht alle Online-Aktivitäten sind allerdings ausschließlich auf den Wahlkampf ausgerichtet; auch in der täglich parteiinternen Kommunikation sowie im Dialog mit unseren Wählerinnen und Wählern sind E-Mail und Internet zu unverzichtbaren Instrumenten geworden. Das öffentliche Angebot www.cdu.de erzielt im Monat durchschnittlich 1,5 Millionen Zugriffe. Bei den letzten Vergleichstests der großen Politik-Portale im Internet, „politiker-screen“ und „politik-digital“, belegte das Angebot der CDU darüber hinaus jeweils den ersten Platz.

Das Konzept eines Kompetenzwahlkampfes ist eine kommunikative Grundentscheidung. Darauf hat sich die CDU festgelegt – und das gilt auch im Internet. Die CDU verfolgt dabei den Ansatz einer integrierten Kommunikation. Das bedeutet, dass die Wahlkampfkampagne online und offline parallel und ergänzend geführt werden. Der Kern des Online-Service der CDU ist das **KandiNet** (www.kandinet.de). In diesem besonders geschützten Bereich finden unsere Bundestagskandidaten die wichtigsten Informationen, die speziell auf den Wahlkampf vor Ort zugeschnitten sind. Im internen Mitgliedernetz erhalten daneben alle CDU-Mitglieder (www.CDUnet.de) exklusive, CDU-spezifische Informationen, tagesaktuell und umfangreich. So präsentiert sich das öffentliche Internetangebot der CDU. **Unter www.cdu.de** können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger schnell und umfassend über die Politik der CDU informieren.

Erweitert wird das Online-Angebot darüber hinaus um die Homepage des Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber, die ihn vor allem von seiner persönlichen Seite

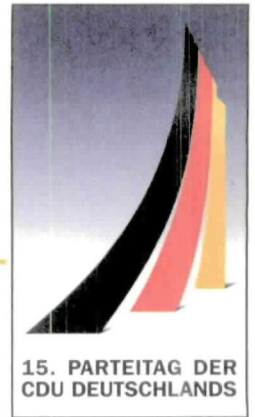
zeigt. Nach der Präsentation der überarbeiteten Homepage www.stoiber.de Mitte Mai wurden in den ersten 24 Stunden rund 6,5 Millionen so genannter Hits registriert. Über 100.000 Besucher besuchten alleine am ersten Tag Stoiber.de.

Das Regierungsprogramm kann unter der Adresse www.regierungsprogramm.de abgerufen werden. Anfang Juni hat die CDU zusätzlich ihre „Wahlkampfseiten“ vorgestellt – ein umfassender Informationsservice der CDU für alle Wählerinnen und Wähler. Die flexibel gestaltete Seite www.zeit-fuer-taten.de bietet unterschiedliche Zugänge, welche ganz auf die individuelle Lebenssituation zugeschnitten sind. So können unsere Politikangebote beispielsweise für Frauen und Familien, für Arbeitnehmer und Selbstständige, zur Wirtschafts- und Bildungspolitik sowie je nach Region gezielt abgefragt werden.

Die CDU hat bereits im vergangenen Jahr als erste Partei in Deutschland innovative Instrumente für den Online-Wahlkampf eingeführt. Hierzu gehört der „**Wahlkreis 300**“: Neben den 299 realen Wahlkreisen, in denen am 22. September über die Besetzung des Deutschen Bundestages entschieden wird, gibt es 2002 zum ersten Mal auch einen virtuellen Wahlkreis. Der „Wahlkreis 300“ ist ein politisches Strategie- und Simulationsspiel. Es soll vor allem politisch interessierte, den Parteien aber fern stehende Wähler ansprechen.

Ein weiteres zentrales Instrument unserer Kompetenz-Kampagne ist der Service www.wahlfakten.de. Die CDU hat am 19. November 2001 zur Rede des SPD-Vorsitzenden Gerhard Schröder auf dem SPD-Bundesparteitag dieses Wahlkampfinstrument erstmals eingesetzt. Das Prinzip der „Wahlfakten“-Seite ist aus US-Wahlkämpfen übernommen. Das dort als „Rapid Response“ bezeichnete Konzept meint, dass Äußerungen des politischen Gegners sofortig beantwortet werden. Das heißt konkret: Während Gerhard Schröder seine Rede hält, können Journalisten praktisch zeitgleich von der Internetseite www.wahlfakten.de die Argumente der CDU gegen schöngefärbte Sprüche abrufen – mit objektiven Fakten und Quellenangaben belegt. Darüber hinaus steht mittlerweile ein umfangreiches Archiv zur Verfügung. Allein bei den ersten beiden Einsätzen wurden mehr als 22.000 Seitenaufrufe gezählt.

Frankfurt am Main • 16. – 18. Juni 2002



Bericht der Bundesgeschäftsstelle

Anlage zum
Bericht des Generalsekretärs



Vorwort

1. Gremien

- 1.1 Präsidium
- 1.2 Bundesvorstand
- 1.3 Bundesfinanzkommission
- 1.4 Haushaltsausschuss
- 1.5 Bundesparteigericht
- 1.6 Landesgeschäftsführerkonferenz

2. Kommissionen und Ausschüsse

- 2.1 Team 40plus
- 2.2 Bundesfachausschüsse
- 2.3 Aussiedlerbeauftragtenkonferenz
- 2.4 Oberbürgermeisterkreis
- 2.5 Internet-Kommission

3. Wahlkämpfe

- 3.1 Landtagswahlkampf Sachsen-Anhalt

4. Veranstaltungen und Aktionen

- 4.1 Kongress „Recht sichert die Freiheit“
- 4.2 Zukunftskonferenz Werte
- 4.3 Fachgespräch Forschung
- 4.4 Filmempfang
- 4.5 InternetNight
- 4.6 Bürger machen Staat

Inhaltsverzeichnis

Seite

5. Medien

5.1 Elektronische Medien

5.2 Union in Deutschland

5.3 Pressearbeit

6. Politischer Arbeitskalender

Vorwort

Der vorliegende Geschäftsbericht umfasst den Zeitraum vom Dresdner Parteitag im Dezember 2001 bis zum 15. Parteitag im Juni 2002 in Frankfurt / Main. In Dresden hatte die CDU ihre programmatische Erneuerung in der Opposition mit der Beratung und Beschlußfassung des Dresdner Programms abgeschlossen. Von Frankfurt aus wird die CDU - in engem Schulterschuß mit der CSU - mit ihrem Regierungsprogramm 2002/2006 in den Wahlkampf zur Bundestagswahl ziehen.

Die CDU ist für die Auseinandersetzung mit den politischen Mitbewerbern gut gerüstet - organisatorisch, inhaltlich und personell. Anders als die Sozialdemokraten führen wir den Wahlkampf aus dem Berliner Konrad-Adenauer-Haus heraus mit dem dort vorhandenen Personal. Es ist seit dem Umzug der Bundesgeschäftsstelle in die Hauptstadt gelungen, eine Mitarbeiterschaft zu gewinnen, die sich sowohl aus jungen, experimentierfreudigen und kreativen Leuten wie auch aus erfahrenen und bewährten Kräften zusammensetzt. Gemeinsam mit dem personellen Potential unserer Leitagentur McCann-Erikson hat sich ein Team zusammengefunden, das in der Lage ist, einen modernen und effizienten Wahlkampf zu planen und durchzuführen.

Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, dass die CDU gegenüber früheren Jahren den Wahlkampf des Jahres 2002 mit rund einem Drittel weniger an finanziellen Mitteln und Personal bestreiten muß. Hier haben wir ein Handicap, das vor allem in der heißen Phase des Wahlkampfes deutlich zu Tage treten wird. Umso mehr sind alle Verantwortlichen bemüht, die Wahlkampfplanungen an dem Grundsatz „Klasse statt Masse“ auszurichten.

Neben der Produktion der notwendigen Wahlkampf-Instrumente - von der Argu-Karte bis zum Zielgruppenleitfaden - legt die Bundesgeschäftsstelle sehr großen Wert auf einen möglichst umfassenden Service für die wahlkampfführenden Gliederungen und die Kandidatinnen und Kandidaten. Hier wurde das Angebot gegenüber früheren Wahlkämpfen grundlegend modernisiert und ausgeweitet. Im Bereich der elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien darf sich die CDU - wie es mehrere Untersuchungen belegt haben - als Marktführer im Land bezeichnen. Der erreichte hohe Standard wird für uns ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil im Wahlkampf sein.

Wahlkampfzeiten sind immer auch Zeiten, in denen wir besonders gut Mitbürgerinnen und Mitbürger werbend ansprechen können, Mitglied in der CDU zu werden. Dies hat vor allem dann Aussicht auf Erfolg, wenn unsere Wahlchancen als günstig eingeschätzt werden. Nutzen wir deshalb intensiv in den kommenden Wochen und Monaten alle sich bietenden Gelegenheiten, unserer CDU neue Mitglieder und neue Mitstreiter zuzuführen!

Der vorliegende Bericht spiegelt ausschließlich die Aktivitäten der Bundesgeschäftsstelle der CDU. Es soll aber zumindest an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass sich im Berichtszeitraum eine außerordentlich enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Landesleitung der CSU und der Bundesgeschäftsstelle der CDU entwickelt hat, wie es sie in der Geschichte der beiden Unionsparteien zuvor kaum gegeben hat. Das Maß an Geschlossenheit und kameradschaftlichem Zusammenwirken, das auf politischer wie auf apparativer Ebene erreicht wurde, ist unverzichtbare Voraussetzung für eine breite Zustimmung zur Union in der Bevölkerung.

Es hat sich gezeigt, daß die unseren Aktivitäten zugrundeliegenden Planungen vernünftig und realistisch waren. Sie haben uns geholfen, den jeweils richtigen Schritt zum jeweils richtigen Zeitpunkt zu tun. Wir sollten uns auch in Zukunft von niemandem einreden lassen, unsere Planungen hektisch zu ändern und in nervöse Hast zu verfallen. So grundfalsch die „ruhige Hand“ des Bundeskanzlers ist, so wichtig ist es für uns, das als richtig Erkannte gelassen und geradlinig anzusteuern. Mögen andere Parteien ihre Strategien im Wochenrhythmus wechseln - wir sind und bleiben auf Erfolgskurs.

Wir nehmen die Gelegenheit dieses Berichtes gerne wahr, allen Mitstreitern - seien sie ehrenamtlich engagiert, seien sie beruflich für die CDU tätig - auf allen Ebenen der Partei ein herzliches Wort des Dankes zu sagen. Gerade in einem Jahr der Bundestagswahl werden Leistungen erbracht, die die Kräfte des Einzelnen bis zum äußersten in Anspruch nehmen. Nicht immer findet solches Engagement die schuldige Anerkennung. Dies sei auf diesem Wege gerne nachgeholt.

Wir rufen alle Mitglieder und Freunde der CDU Deutschlands auf, im bevorstehenden Bundestagswahlkampf ihr Bestes zu geben, damit die Union wieder als stärkste parlamentarische Kraft in den Deutschen Bundestag einziehen kann. Es geht darum, die erschreckende Negativ-Bilanz der amtierenden Bundesregierung möglichst schnell zu überwinden. Es geht darum, möglichst rasch die politischen Weichen in unserem Land so zu stellen, dass wir einer guten Zukunft in wirtschaftlicher Prosperität und sozialem Frieden entgegen gehen können. Für dieses Ziel lohnt sich unser Einsatz!

Laurenz Meyer
Generalsekretär

Dr. Willi Hausmann
Bundesgeschäftsführer

1. Gremien

1.1 Präsidium

Das Präsidium kam seit dem 14. Parteitag zu 10 Sitzungen zusammen. Neben dem Bericht zur aktuellen Lage durch die Vorsitzende wurden folgende Themen behandelt:

- Vorbereitung des 14. Parteitages in Dresden
- Vorbereitung der Klausurtagung des Bundesvorstandes vom 11. - 12. Januar 2002
- Etat der Bundesgeschäftsstelle für das Jahr 2002
- Wahlkampfplanung 2002
- Vorbereitung der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt
- Niedriglohnsektor und Zukunft der Arbeitsvermittlung
- Vorbereitung der gemeinsamen Präsidiumssitzung von CDU und CSU am 8.-9. März 2002
- Bericht zum Stand der Novellierung des Parteiengesetzes
- Bericht zum Regierungsprogramm von CDU und CSU
- Erste Analyse zu der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt
- Bericht zum Stand des EU-Konvent
- Beratung des Papiers „Medienpolitik: Freiheit und Verantwortung“
- Vorbereitung des 15. Parteitages in Frankfurt/Main

Im Berichtszeitraum fanden zwei gemeinsame Sitzungen der Präsidien von CDU und CSU statt.

8./9. März 2002 in Wörlitz:

- Bericht zum Stand der Vorbereitung eines gemeinsamen Wahlprogramms
- Landtagswahl in Sachsen-Anhalt
- Eckpunkte „Aufbau Ost“

6. Mai 2002 in Berlin

- Regierungsprogramm 2002-2006

Gespräch des Präsidiums mit Organisationen aus dem vorpolitischen Raum

- Zentralkomitee der deutschen Katholiken am 15. Januar 2002
- Deutsche Bischofskonferenz am 14. März 2002

1.2 Bundesvorstand

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zu acht Sitzungen zusammen. Dabei wurden folgende Themen behandelt:

- Vorbereitung 14. Parteitag in Dresden
- Vorbereitung der Klausurtagung vom 11.-12. Januar 2002
- Vorbereitung 15. Parteitag in Frankfurt/Main
- Beratung und Beschlussfassung über den Etat der Bundesgeschäftsstelle für das Jahr 2002 sowie zusätzliche Ausgaben im Haushalt 2002
- Demoskopische Lage zu Beginn des Wahljahres 2002
- Bioethik
- Politische Schritte für mehr Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung

- Finanzielle Lage der Kommunen
- Wahlkampfplanung 2002
- Beratung und Beschlussfassung über die Änderung des Wahlkampfetats 2002
- Zwischenbericht Wahlprogramm CDU/CSU
- Niedriglohnsektor und Zukunft der Arbeitsvermittlung
- Beschlussfassung zur Absenkung der Leistungen der Stiftung Versorgungswerk
- Nachberufung Bundesfinanzkommission
- Stand EU-Konvent
- Nominierung der CDU-Vertreter für den EVP-Vorstand und den EVP-Kongress
- Beratung und Beschlussfassung des Papiers „Medienpolitik: Freiheit und Verantwortung“
- Beratung und Beschlussfassung des Papiers der Internetkommission
- „Chancen@Deutschland - Eine Internetstrategie für die Politik“

1.3 Bundesfinanzkommission

Vorsitzender: Bundesschatzmeister Dr. Wolfgang Peiner

Im Berichtszeitraum fanden zwei Sitzungen am 13.12.2001 und am 29. Januar 2002 statt. Dabei wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

- Innerparteilicher Finanzausgleich für das Jahr 2002 in Fortsetzung des bisherigen Schlüssels
- Neuordnung der Stiftung Versorgungswerk der CDU Deutschlands
- Koordinierung der Spendenaktivitäten zum Bundestagswahlkampf

1.4 Haushaltsausschuss

Vorsitzender: Bundesschatzmeister Dr. Wolfgang Peiner

Der Haushaltsausschuss tagte nicht im Berichtszeitraum. Die Aufstellung des Etats für den Bundestagswahlkampf 2002 erfolgte bereits im Juni 2001. Die Aufstellung des regulären Etats für 2002 erfolgte im November 2001.

Auf Antrag des Generalsekretärs vom 11. Februar 2002 beschloss der Haushaltsausschuss gem. § 23 Abs. 3 FBO ohne Sitzung im Umlaufverfahren einstimmig eine - kostendeckende - Änderung einiger Positionen des laufenden Etats 2002.

1.5 Bundesparteigericht

Vorsitzender: Dr. Eberhard Kuthning

Das Bundesparteigericht der CDU trat im Berichtszeitraum zu vier Sitzungen zusammen.

Von drei noch aus der Zeit vor dem 2. Dezember 2001 anhängigen Parteigerichtssachen betrafen zwei Verfahren Wahlanfechtungen. Dem dritten Verfahren lag ein Ausschluss aus der CDU zu Grunde. In einem der Verfahren wegen Wahlanfechtung hatte das Rechtsmittel Erfolg. In dem anderen wurde das Rechtsmittel ebenso wie in dem Verfahren wegen Ausschlusses aus der CDU zurückgewiesen.

Während des Berichtszeitraums wurde das Bundesparteigericht in weiteren sieben Parteigerichtssachen angerufen. Von den drei inzwischen beendeten und abgeschlossenen Verfahren betrafen zwei Wahlanfechtungen. In einem dieser Verfahren war das Rechtsmittel überwiegend erfolgreich. In den beiden übrigen Verfahren wurden die Rechtsmittel zurückgewiesen.

Von den derzeit noch vier anhängigen Parteigerichtssachen betreffen zwei Verfahren die Überprüfung von Satzungenormen. Den beiden weiteren Verfahren liegen ein Ausschluss aus der CDU und eine Wahlanfechtung zu Grunde.

1.6 Landesgeschäftsführerkonferenz

Die Landesgeschäftsführerkonferenz trat im Berichtszeitraum zu einer Sitzung zusammen. Dabei standen folgende Themen auf der Tagesordnung:

- Landtagswahlkampf Sachsen-Anhalt
- Call-Center

2. Kommissionen und Ausschüsse

2.1 Team 40plus

Das Team 40plus wurde als gemeinsames CDU/CSU Gremium unmittelbar nach der Nominierung des gemeinsamen Kanzlerkandidaten von CDU und CSU eingerichtet. Gegenstand der Beratungen sind wahlkampfrelevante Themen und Fragen.

Dem Team 40plus gehören neben den Parteivorsitzenden von CDU und CSU, Frau Dr. Merkel und Herrn Ministerpräsidenten Dr. Stoiber, die Generalsekretäre von CDU und CSU, Herr Meyer und Herr Dr. Goppel, der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Herr Merz, der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Herr Glos, Herr Dr. Schäuble, der Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen, Herr Wulff, der Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Rüttgers, Herr Seehofer (in Vertretung Frau Stamm), der Leiter des Stoiber Teams, Herr Spreng, sowie die nominierten Mitglieder des Kompetenzteams an.

Je nach Themenlage werden die Ministerpräsidenten der B-Länder den Beratungen hinzugezogen.

2.2 Bundesfachausschüsse

2.2.1 Bundesfachausschuss Innenpolitik

Vorsitzender:	Dr. Thomas Schäuble
Stellvertreterin:	Sylvia Bonitz
Geschäftsführer:	Peter Brörmann (bis Juli 2000) Dr. Jean Angelov (ab August 2000)
Konstituierung:	20. Juli 1999

Arbeitsplanung 1999/2002:

Der Bundesfachausschuss Innenpolitik setzt sich in der laufenden Legislaturperiode intensiv mit der weiterhin dramatisch zunehmenden Kinder- und Jugendkriminalität auseinander. Ferner sollen die mit den neuesten Entwicklungen der Informationsgesellschaft verbundenen Fragen der Inneren Sicherheit erörtert werden. Neben einer Bestandsaufnahme der bisherigen Möglichkeiten technischer Prävention sollen auch eine Verbesserung sowie die grenzübergreifende Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen einbezogen werden. Vor dem Hintergrund geplanter Kürzungen der Bundesregierung im Aussiedlerbereich und bei der Flüchtlingsaufnahme wird der Bundesfachausschuss auch Thesen für eine verbesserte Integration insbesondere junger Aussiedler und junger Ausländer erörtern. Auf dem Arbeitsprogramm stehen weiterhin Fragen der inneren Sicherheit in Europa, wie etwa die Fortentwicklung von Europol; ferner die grenzübergreifende Bekämpfung von Extremismus und organisierter Kriminalität.

Arbeitsgruppen:

Integration

Vorsitzender: Christoph Verenkotte

Informationsgesellschaft und innere Sicherheit

Vorsitzende: Sylvia Bonitz

2.2.2 Bundesfachausschuss Bildungspolitik

Vorsitzender: Herbert Reul

Stellvertreter: Staatsministerin Karin Wolff
Staatsminister Dr. Matthias Rößler

Geschäftsführer: Dr. Ralf Gebel

Arbeitsplanung 1999/2002:

Im Mittelpunkt des bildungspolitischen Interesses stand im Berichtszeitraum das schlechte Abschneiden Deutschlands bei dem internationalen Schülertest PISA. Der Bundesfachausschuss erarbeitete aus diesem Anlass den Beschluss „Konsequenzen aus PISA“, der 12 konkrete Forderungen zur Verbesserung des deutschen Bildungswesens enthält. Der Bundesfachausschuss konnte dabei auf den „Bildungspolitischen Leitsätzen“ der CDU Deutschlands, die im November 2000 auf dem Kleinen Parteitag in Stuttgart beschlossen wurden, aufbauen. Mit einer Pressemitteilung des Vorsitzenden wurde der Beschluss „Konsequenzen aus PISA“ am 21. Februar 2002 der Öffentlichkeit vorgestellt.

„PISA“ und die Folgen werden den Bundesfachausschuss auch weiterhin beschäftigen. Die Veröffentlichung der PISA-Ergänzungsstudie (Ende Juni 2002), die den innerdeutschen Leistungsvergleich ermöglichen wird, wird die bildungspolitische Debatte und damit die Arbeit des Bundesfachausschusses beherrschen.

2.2.3 Bundesfachausschuss Sportpolitik

Vorsitzende: Steffie Schnoor

Stellvertreter: Klaus Riegert
Hermann Winkler

Geschäftsführerin: Cornelia Grußendorf

Sitzungen und Ergebnisse:

10. Juni 1999

Konstituierung des Bundesfachausschusses mit Festlegung der Arbeitsschwerpunkte

14. Juli 1999

Öffentliche Expertenanhörung zu den Auswirkungen der gesetzlichen Neuregelungen im Bereich Scheinselbständigkeit und sog. 630,-DM-Jobs in Berlin. (Dokumentation), **Referenten:** Hans Hansen (Ehrenpräsident des LSB Schleswig-Holstein und Ehrenpräsident des DSB), Sönke P. Hansen (stellvertretender Vorsitzender des Freiburger Kreises), Horst Lienig (stellvertretender Vorsitzender des Freiburger Kreises), Dr. Klaus Henk (Präsident des SCC Berlin), Norbert Skowronek (Direktor des LSB Berlin), Dr. Holger Niëse (Justitiar des DSB).

22. September 1999

Sitzung des Bundesfachausschusses zur Sportstättensituation in Ost und West

22. November 1999

Sitzung zum Thema Dopingproblematik im Spitzensport und Fitnessbereich, Schwerpunkte: Gerichtsmedizin und Analytik, Rechtliche Aspekte, Doping im Fitnessbereich, Möglichkeiten der Bekämpfung der illegalen Einführung, Möglichkeiten der Prävention und Ethik, Referenten: Prof. Dr. Ulrich Haas, (Beauftragter des DSB-Präsidiums für Anti-Doping-Fragen und Vorsitzender der Anti-Doping-Kommission von DSB und NOK), Prof. Dr. R. Klaus Müller (Bundesbeauftragter für Dopinganalytik und Leiter des Dopingkontrolllabors in Kreischa).

7. Dezember 1999

Sitzung einer eigens einberufenen Arbeitsgruppe „Sport in Europa“ des Bundesfachausschusses unter Leitung von Doris Pack MdEP zum Thema „Verankerung des Sports im europäischen Vertragswerk“.

27. März 2000

Sitzung des Bundesfachausschusses mit Bericht des Präsidenten des Deutschen Sportbundes, Manfred Freiherr von Richthofen, zur aktuellen Situation des Sports, besonderer Schwerpunkt waren die anstehenden Olympischen Sommerspiele in Sydney sowie Verabschiedung eines Beschlusses zur Dopingproblematik.

26. Juni 2000

Sitzung des Bundesfachausschusses zum Thema „Die wirtschaftliche Bedeutung des Sports“. Referent: Gerd Ahlert, Universität Osnabrück

6. November 2000

Expertenanhörung zum Thema „Die präventive Bedeutung des Sports“, Schwerpunkte: Gesundheit (Thomas Siebert, LSB Berlin), Schulsport (Norbert Petry, Beauftragter des DSB für den Schulsport), Integration (Celil Senman, Deutsch-Türkische

Union), Sport statt Gewalt (Professor Dr. Helmut Zöpfl, Universität München), Sport statt Drogen (Dr. Harald Schmid, „Kinder stark machen“) sowie die Darstellung des Präventiven Charakters des Sports in den Medien (Hanns Ostermann, DeutschlandRadio Berlin).

7. Mai 2001

Sitzung des Bundesfachausschusses zum Thema „Sport und Umwelt“, Referenten: Kurt-Dieter Grill MdB, Vorsitzender des BFA Umwelt der CDU und Dr. Hans Jägermann, Leiter der Abteilung Umwelt und Sportstätten des DSB.

21. Januar 2002

Sitzung einer eigens einberufenen Arbeitsgruppe des Bundesfachausschusses unter Leitung der BFA-Vorsitzenden Steffie Schnoor, zur Vorbereitung sportpolitischer Aussagen für die Bundestagswahl.

13. Mai 2002

Sitzung des Bundesfachausschusses, Themen waren die sportpolitischen Aussagen für die Bundestagswahl sowie die Besprechung eines Thesenpapiers „Sport und Umwelt“, das gemeinsam mit dem Bundesfachausschuss Umwelt gefertigt wurde.

Arbeitskreis Leistungssport

Vorsitzender: Klaus Riegert
Geschäftsführerin: Cornelia Grußendorf

23. Januar 2001

Sitzung des Arbeitskreises zu den Themen Nachwuchsfindung und -förderung im Spitzensport sowie Spitzensport von Menschen mit Behinderungen.

15. Oktober 2001

Sitzung des Arbeitskreises in Leipzig, Besichtigung des Instituts für angewandte Trainingswissenschaften (IAT) sowie Beratung und Verabschiedung eines Beschlusses zur Dopingproblematik, Referent: Professor Dr. R. Klaus Müller, Bundesbeauftragter für Dopinganalytik und Leiter des Dopingkontrolllabors in Kreischa.

11. April 2002

Sitzung des Arbeitskreises in Magdeburg, Besichtigung des dortigen Olympiastützpunktes und des Sportgymnasiums „Eliteschule des Sports“, um sich über die aktuelle Situation bei der Nachwuchsförderung im Hochleistungssport zu informieren. An der Veranstaltung nahmen auch die Parteivorsitzende Frau Dr. Merkel und der CDU-Landesvorsitzende Professor Dr. Böhmer teil.

Beschlüsse/Verlautbarungen:

10. Juni 1999

Erklärung zur konstituierenden Sitzung des Bundesfachausschusses Sport mit Bekanntgabe der Arbeitsschwerpunkte

14. Juli 1999

Erklärung im Ergebnis der Expertenanhörung zu den Auswirkungen der Neuregelungen der 630,-DM-Jobs und der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse
Dokumentation zur Anhörung

22. September 1999

Erklärung zur aktuellen Situation im Sportstättenbau

23. September 1999

Erklärung zum Thema „Fußball-WM 2006“

10. Dezember 1999

Erklärung der Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Sport in Europa“, Doris Pack MdEP, zur Frage des Stellenwerts des Sports im Rahmen des europäischen Aufbauwerks

29. März 2000

Erklärung des stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesfachausschusses, Klaus Riegert MdB zur Dopingproblematik (Beschluss)

30. Juni 2000

Erklärung der Vorsitzenden des Bundesfachausschusses zur Bedeutung des Sports als Wirtschaftsfaktor

6. Juli 2000

Erklärung der Vorsitzenden des Bundesfachausschusses zur Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 an Deutschland

6. November 2000

Dokumentation der Expertenanhörung zur präventiven Bedeutung des Sports

16. Oktober 2001

Beschluss des Arbeitskreises Leistungssport zur Dopingproblematik

2.2.4 Bundesfachausschuss Wirtschafts- und Finanzpolitik

Vorsitzende: Christa Thoben

Stellvertreter: Klaus Schweickart
Dr. Ulrich Born
Hildegard Müller

Geschäftsführer: Mathias Hübscher

Der BFA hat sich mit der Weiterentwicklung des Welthandels im Zuge der Globalisierung beschäftigt und hierzu ein Positionspapier erstellt.

Im BFA wurde über die Arbeitsergebnisse der Internetkommission der CDU Deutschlands beraten.

In seinem Arbeitsprogramm hat er des Weiteren das Thema Arbeitsmarkt behandelt. Er befasste sich mit den ordnungspolitisch notwendigen Rahmenbedingungen. Dabei ging es um die Überprüfung der Anreizsysteme für den Übergang von Nichtbeschäftigung zu Beschäftigung. Stichworte wie Lohnabstandsgebot, Arbeitseinkommen als Grundlage der sozialen Sicherung, Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, negative Einkommensteuer wurden dabei behandelt. Das Ergebnis wurde in einem Papier „Chancen für mehr Beschäftigung existieren - endlich handeln! – nicht Menschen beschimpfen“ zusammengefasst und als Presseerklärung der BFA-Vorsitzenden veröffentlicht. Des Weiteren floss dieses Ergebnis in die Arbeit der Präsidiumskommission „Neue Soziale Marktwirtschaft“ und damit auch in den in Dresden gefassten Beschluss: „Freie Menschen. Starkes Land - Vertrag für eine sichere Zukunft“ ein. Darüber hinaus finden sich Teile der Beratungsergebnisse

in Grundzügen auch im „Drei-Säulen-Modell“ für mehr Beschäftigungsanreize im Niedriglohnssektor wieder.

Darüber hinaus beschäftigte sich der BFA mit den weiteren Perspektiven des Aufbaus Ost. Es wurden Anregungen entwickelt, die in wesentlichen Teilen in den Dresdner Beschluss „Im Osten was Neues“ sowie in den gleichnamigen Beschluss der Präsidien von CDU und CSU vom 9. März 2002 eingingen.

Ein weiteres Thema war die Zukunft der Gewerbesteuer bzw. die Weiterentwicklung der kommunalen Besteuerung. Hierzu hat der BFA dem Dresdner Parteitag einen Antrag vorgelegt, der in gleichem Wortlaut auch von der KPV mitgetragen wurde. Der Antrag wurde auf dem Parteitag zur weiteren Bearbeitung an die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag verwiesen.

2.2.5 Bundesfachausschuss Strukturpolitik

Vorsitzender: Dr. Michael Meister

Stellvertreter: Brita Schmitz-Hübsch
Bärbel Nehring-Kleedehn

Geschäftsführer: Heribert Hennemann

Arbeitsplanung 1999/2002:

Bei der Arbeit des Bundesfachausschusses Strukturpolitik geht es um die Ausgestaltung des Wandels der Siedlungsstrukturen. Davon betroffen sind nicht nur Fragen der Wohnungsbau- und Verkehrspolitik. Eng damit verknüpft sind auch die Problematik der Revitalisierung der Innenstädte sowie Fragen moderner Datenkommunikation - insbesondere angesichts der raschen technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Denn mit dem Umbruch vom Industrie- zum Informationszeitalter verändert sich auch die uns bisher bekannte Organisation von Arbeit, Wohnen und Verkehr. Der Bundesfachausschuss versteht sich daher als ein Gremium, das verschiedene Politikfelder - Verkehr, Wohnungsbau und Telekommunikation - miteinander verknüpft.

Schwerpunkthemen/Beschlüsse:

- Verkehrsinfrastrukturfinanzierung
- Zukunft der Bahn
- Investitionen zur Beseitigung von Engpässen im Schienennetz
- Wettbewerbsproblematik im Personennahverkehr
- Wohnungsleerstand in den neuen Bundesländern
- Vollendung des Saaleausbaus

2.2.6 Bundesfachausschuss Umwelt- und Energiepolitik

Vorsitzender: Kurt-Dieter Grill

Stellvertreter(in): Dr. Herlind Gundelach
Uwe Goetze

Geschäftsführerin: Monika Bendig

Der Bundesfachausschuss Umwelt- und Energiepolitik, der am 21. Juni 1999 eingerichtet wurde, hatte sich die Schärfung des umwelt- und energiepolitischen Profils der CDU Deutschlands zum Ziel gesetzt.

Schwerpunktthemen/Beschlüsse:

Energieprogramm

Die Erarbeitung eines Energiekonzeptes „Maximen für eine zukunftsorientierte Energiepolitik im 21. Jahrhundert“, das Wege für eine zukunftsorientierte, ökologisch verträgliche und wirtschaftlich effiziente Energiepolitik unter den Rahmenbedingungen der Globalisierung und Liberalisierung aufzeigen sollte, war ein Themen-schwerpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses.

Das Programm wurde am 4. Dezember 2000 vom Bundesvorstand verabschiedet und im Rahmen einer Pressekonferenz vom Generalsekretär und Bundesfachausschussvorsitzenden der Öffentlichkeit vorgestellt.

Nachhaltigkeit

Ein weiteres Schwerpunktthema bildeten Konzepte zur nachhaltigen Entwicklung im Vorfeld des Weltgipfels zur Nachhaltigkeit in Johannesburg im August/September 2002. Hierzu erarbeitete die Arbeitsgruppe Grundwerte ein Positionspapier „Nachhaltige Entwicklung und Grundwerte“, das in der Sitzung am 31.10.2001 vom Bundesfachausschuss verabschiedet wurde.

Ziel ist es, die Nachhaltigkeit als gesellschaftliches und ethisches Prinzip, das die Komponenten Ökonomie, Ökologie und Soziales in Einklang bringt, auch als Gegenentwurf zum sozialdemokratischen Programm zu verankern.

Darüber hinaus soll der vom Bundesfachausschuss initiierte Nachhaltigkeitskongress der CDU „Nachhaltige Energiepolitik – Globale Verantwortung – nationales Handeln“ am 25. Juni 2002 dazu dienen, das Profil der CDU im Bereich Nachhaltigkeit zu schärfen und das Thema stärker in die Öffentlichkeit zu transportieren.

Naturschutz

Die Arbeitsgruppe Naturschutz hat ein „Eckwertepapier für eine moderne Naturschutzpolitik“ entwickelt, das vom Bundesfachausschuss in der Sitzung am 28.8.2000 beschlossen wurde.

Globale Strategien gegen Wassermangel als internationales Konfliktpotential

Ein Konzept zum Thema „Globale Strategie gegen Wassermangel als internationales Konfliktpotential“ wurde vom Bundesfachausschuss Umwelt- und Energiepolitik am 31. Oktober 2001 verabschiedet und im Vorfeld der Weltwasserkonferenz im Dezember 2001 vom Bundesfachausschuss-Vorsitzenden der Presse vorgestellt.

Sport und Umwelt

Ein gemeinsam mit dem Bundesfachausschuss Sport entwickeltes Positionspapier zum Themenkomplex Sport und Umwelt wurde am 18. April 2002 vom Bundesfachausschuss Umwelt- und Energiepolitik verabschiedet. Das Positionspapier soll im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz der Bundesfachausschuss-Vorsitzenden zu Beginn der Sommerpause der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

2.2.7 Bundesfachausschuss Forschung und Innovation

Vorsitzender: Prof. Dr. Heribert Offermanns

Stellvertreter/in: Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl
Thomas Rachel

Geschäftsführerin: Gabriele Hopp

Der Bundesfachausschuss Forschung und Innovation hat im Berichtszeitraum die ursprünglich im 2. Halbjahr 2001 erarbeiteten Konzepte zur Gen- und Biotechnologie und zur Verbesserung der Innovationssituation bei kleineren und mittleren Unternehmen überarbeitet und der Öffentlichkeit vorgestellt.

5. März 2002: Pressegespräch zur Vorstellung des Gesamtkonzeptes Bio- und Gentechnologie und Veröffentlichung einer entsprechenden Pressemitteilung.

27. März 2002: Veröffentlichung des Positionspapiers „Verbesserung der Innovationssituation der kleinen und mittleren Unternehmen“ mit entsprechender Pressemitteilung „Deutschland braucht ein strategisches Innovationskonzept“.

Am 24. Mai 2002 richtete er Bundesfachausschuss Forschung und Innovation ein Fachgespräch Forschung „Faszination der Forschung – Notwendigkeit der Innovation – Nutzen für alle“ in der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin aus (Bericht: Kapitel 4.3 Fachgespräch Forschung).

2.2.8 Bundesfachausschuss Agrarpolitik

Vorsitzender: Reimer Böge

Stellvertreter/in: Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
Ministerin Petra Wernicke

Geschäftsführerin: Gabriele Hopp

Der Bundesfachausschuss Agrarpolitik führte am 28. Januar 2002 in Berlin ein Gespräch mit dem Vorstand des Deutschen Bauernverbandes und eine interne Sitzung durch. Gegenstand des Gespräches mit dem Vorstand des Deutschen Bauernverbandes war die Situation der deutschen Landwirtschaft und die agrarpolitische Situation zu Beginn des Jahres 2002 – in Europa geprägt von der Halbzeitbewertung der Agenda 2000 und der EU-Osterweiterung, auf nationaler Ebene geprägt durch die landwirtschaftsfeindliche Politik der rot-grünen Bundesregierung. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Gerd Sonnleitner, trug die Wünsche seines Verbandes an die Agrarpolitik der CDU zur Bundestagswahl 2002 vor, die vor allen Dingen im Bereich der nationalen Agrarpolitik und der Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen liegen. In der anschließenden Sitzung erarbeiteten die Bundesfachausschussmitglieder einen Fahrplan und eine grundsätzliche agrarpolitische Strategie für das Wahljahr 2002. Ein weiteres Thema der Sitzung war die Entwicklung der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern.

Für den Bundesfachausschuss Agrarpolitik der CDU nahm der Vorsitzende an einer von der Arbeitsgruppe Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft der

CDU/CSU-Bundestagsfraktion organisierten Klausurtagung der Agrarpolitiker der Union von Bund und Ländern am 10./11. März 2002 im Kloster Eberbach in Hessen teil, bei der ein agrarpolitisches Positionspapier erarbeitet wurde.

2.2.9 Bundesfachausschuss Medienpolitik

Vorsitzender: Günther H. Oettinger

Stellvertreter: Bernd Neumann

Geschäftsführer: Michael Duderstädt

Der Bundesfachausschuss Medienpolitik hat im Berichtszeitraum dreimal getagt. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Ausschussarbeit waren dabei:

- Breitbandkabel – Sachstand und weitere Entwicklung
- Reform der Medienordnung
- Zukunft des dualen Systems – Kirch-Krise
- Senderfusion SFB-ORB
- Gewalt in den Medien

Außerdem wurden u. a. folgende Themen erörtert:

German TV: Sachstand und weitere Entwicklung (BE: Dr. Wolfgang Krüger, Programmgeschäftsführer German TV), Haushaltsführung und Online-Aktivitäten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (BE: Vorsitzender), Breitbandkabel: Sachstand und weitere Entwicklung (BE: Dr. Thomas Hirschle, Präsident LfK Baden-Württemberg), Entwurf eines medienpolitischen Grundsatzpapiers (BE: Vorsitzender), Aktueller Beratungsstand in den Bundesländern beim Thema Öffnungszeiten von Videotheken (BE: Prof. Dr Ricker, Rechtsanwalt), ZDF-Staatsvertrag: Vorgeschlagene Änderung im Zusammenhang mit der Wahl des Intendanten (BE: Mitglieder des Fernsehrats), Novellierung der EU-Fernsehrichtlinie (BE: Ruth Hieronymi MdEP), Gewalt in den Medien und Reform des Jugendmedienschutzes (BE: Rundfunkreferenten der Länder).

Drei Arbeitsgruppen des Bundesfachausschusses Medienpolitik sind im Berichtszeitraum zu einer Sitzung zusammengekommen:

AG „Breitbandkabel“ unter der Leitung von Dr. Thomas Hirschle (Präsident LfK Baden-Württemberg):

Erarbeitung des Thesenpapiers: „Thesen des Bundesfachausschusses Medienpolitik der CDU Deutschlands zur weiteren Entwicklung des Breitbandkabels“

AG „Film“ unter der Leitung von Bernd Neumann:

Vorbereitung des Filmempfangs der CDU Deutschlands anlässlich der Verleihung des Deutschen Filmpreises am 14. Juni 2002 in Berlin; Bewertung des „Filmpolitischen Konzepts“ des Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien Staatsminister Nida-Rümelin; Besprechung des Positionspapiers der Jungen Union zur Filmförderung

AG „Programm“ unter der Leitung von Günther H. Oettinger:

Erarbeitung des Papiers „Medien: Freiheit und Verantwortung“ als Beschlussvorlage für den CDU-Bundesvorstand.

2.2.10 Bundesfachausschuss Familien- und Jugendpolitik

Vorsitzende: Ilse Falk

Stellvertreter/in: Rolf Harlinghausen
Astrid Vockert

Geschäftsführerin: Dr. Adelheid Gliedner-Simon

Arbeitsgruppen:

Jugendpolitik

Vorsitz: Rolf Harlinghausen

Familienpolitik

Vorsitz: Christine Henry-Huthmacher

Schwerpunktt Themen/Beschlüsse:

Der Bundesfachausschuss Familien- und Jugendpolitik befasste sich im Rahmen der Entwicklung einer familienpolitischen Konzeption der CDU intensiv mit dem Antrag des Bundesvorstandes der CDU „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“. Das Diskussionsergebnis mündete in die Formulierung von 19 Anträgen, die an den Bundesausschuss auf dem Kleinen Parteitag gestellt wurden.

Im Zuge der Rentenreform forderte der BFA Familien- und Jugendpolitik, einen Ausgleich zwischen Familien und Kinderlosen zu schaffen, indem eine Kinderkomponente als weiterer demographischer Faktor neben der Lebenserwartung in der Rente einzuführen sei.

Ein weiteres Thema war die Auseinandersetzung mit dem bildungspolitischen Leitanspruch der CDU „Aufbruch in die lernende Gesellschaft“. Ausgehend von einem Gespräch mit Prof. Fthenakis, Direktor des Staatsinstituts für Frühpädagogik München, entwickelte der Bundesfachausschuss 49 Ergänzungs- und Änderungsanträge, die an den Bundesausschuss auf dem Kleinen Parteitag gestellt wurden.

Im Anschluss an den Familienparteitag beschäftigte sich der Bundesfachausschuss mit der Umsetzung des Parteitagsbeschlusses zur Familienpolitik. Unter Hinzuziehung des Sozialrichters Dr. Jürgen Borchert entwickelte die Arbeitsgruppe „Familienpolitik“ Vorschläge zur Umsetzung des Familiengeld-Konzeptes. Diese Vorschläge flossen in die Arbeit der Bundestagsfraktion ein, die das Programm „Faire Politik für Familien“ entwarf.

Der Bundesfachsuss hat jugendpolitische Leitsätze beschlossen, die die Situation der Jugendlichen in Bildung und Ausbildung, auf dem Arbeitsmarkt, im Sport, im Ehrenamt und in ihrer Verbandsarbeit berücksichtigen. Neben Möglichkeiten der Prävention sind auch Lösungen für Interventionen in Krisenfällen (Gewalt, Drogen, Ausländerintegration) vorgesehen. Eine gemeinsame Aktion zu den Jugendpolitischen Leitsätzen mit der Jungen Union ist vorgesehen.

Im Berichtszeitraum beschäftigte sich der Bundesfachausschuss mit der praktischen Umsetzung der familienpolitischen Beschlüsse vor dem Hintergrund des Wahljahres. Als Hilfe für die Wahlkämpfer vor Ort wird ein Leitfaden mit Aktionsvorschlägen und Materialien zum Familienprogramm der CDU erstellt.

Beschlüsse/Erklärungen:

- „Kinderkomponente in der Rente gefordert – CDU-Familienexperten sprechen sich für Familienbonus aus“
- Verbesserung des Erziehungsurlaubs: Gute CDU-Ansätze setzen sich im Regierungshandeln auf Bundesebene durch – Mut zu konsequenter Weiterentwicklung fehlt.
- „Rot-Grün höhlt den Schutz von Ehe und Familie aus – Die CDU will Vorurteile und Diskriminierung abbauen“
- „Stopp der Kinderarmut. Familiengeld schützt Kinder vor Sozialhilfeabhängigkeit“
- „Schlag ins Gesicht der Familien“ – Kritik am Rentenkonzept der rot-grünen Bundesregierung
- Beschluss: Jugendpolitische Leitsätze

2.2.11 Bundesfachausschuss Frauenpolitik

Vorsitzende: Prof. Dr. Maria Böhmer

Stellvertreterinnen: Friederike de Haas , Staatsministerin a.D.
Annette Widmann-Mauz

Geschäftsführerin: Dr. Adelheid Gliedner-Simon

Arbeitsgruppen:

Quorum

Vorsitz: Annette Widmann-Mauz

Internationale Menschenrechte und Gewalt gegen Frauen

Vorsitz: Bärbel Sothmann

Vereinbarkeit von Familie und Beruf- insbesondere Verbesserungen der Aufstiegschancen von Frauen in der Arbeitswelt

Vorsitz: Friederike de Haas

Image der CDU aus Frauensicht - Folgerungen

Vorsitz: Christine Arlt-Palmer

Netzwerkbildung und Coaching - insbesondere unter Berücksichtigung des Medienbereichs

Vorsitz: Annegret Kramp-Karrenbauer

Schwerpunkthemen/Beschlüsse

Im Hinblick auf den Kleinen Parteitag der CDU "Lust auf Familie. Lust auf Verantwortung" im Dezember 1999 hat sich der Bundesfachausschuss Frauenpolitik insbesondere mit familienpolitischen Fragestellungen beschäftigt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde ebenso thematisiert wie die Flexibilisierung und der Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie die Anerkennung von Familienarbeit in der gesetzlichen Rentenversicherung. Zum familienpolitischen Leitantrag der CDU anlässlich des Kleinen Parteitages im Dezember 1999 legte der Bundesfachausschuss umfangreiche Änderungs- und Ergänzungsvorschläge vor, die in einer speziellen Arbeitsgruppe entwickelt wurden.

Der Bundesfachausschuss Frauenpolitik hat sich außerdem im Rahmen der Diskussion um die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung mit dem Thema eigenständige soziale Sicherung der Frau beschäftigt. Im Mittelpunkt der Arbeit standen die Prüfung und Diskussion der Vorschläge der rot-grünen Bundesregierung zur Reform der Hinterbliebenenversorgung. Die vom Bundesfachausschuss Frauenpolitik entwickelten Kritikpunkte zu den Reformvorschlägen von Arbeitsminister Riester wurden am 26. August 1999 im Zuge einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt; ebenso wurden frauenpolitische Prüfsteine präsentiert, an denen die Reformschritte zur Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung gemessen werden sollen.

Mit der Zielsetzung, sich über die aktuelle Rentensituation von Frauen und neue Reformvorschläge zu informieren, hat der Bundesfachausschuss Frauenpolitik am 26. August 1999 ein Informationsgespräch mit der Direktorin der Bundesversicherungsanstalt, Dr. Anne Meurer, durchgeführt. Im Rahmen dieses Gesprächs wurde auch das Rentenmodell der "Flexiblen Anwartschaften" diskutiert, das von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, entwickelt worden ist.

In einem einstimmigen Beschluss vom 14. Februar 2000 unterstützte der Bundesfachausschuss Frauenpolitik den weiteren Ausbau der Anerkennung von Familienarbeit, insbesondere der Kindererziehungszeiten, in der gesetzlichen Rentenversicherung und will in Form einer Zulage Anreize für Familien schaffen, in private Vorsorge zu investieren. Die Zulage soll der Zuordnung der Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung folgen.

Angesichts der Verschärfung der Diskussion um die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung hat der Bundesfachausschuss Frauenpolitik den Internationalen Weltfrauentag am 8. März 2000 zum Anlass genommen, erneut Kritik an den Rentenplänen der Bundesregierung zu üben und deren negative Auswirkungen auf Frauen aufzuzeigen. In der Kritik stehen das Optionenmodell in der Hinterbliebenenversorgung, die Pläne zur bedürftigkeitsabhängigen Grundsicherung und die Weigerung, Kindererziehungszeiten weiter auszubauen und damit die Erziehungsleistung von Frauen stärker anzuerkennen. Es wurde ein Beschluss zur eigenständigen Alterssicherung der Frau und zur Weiterentwicklung der Hinterbliebenenversorgung gefasst.

"Frauen und Bildung" war im Hinblick auf den Essener Parteitag 2000 ein weiteres Schwerpunktthema des Bundesfachausschusses. Ausgehend von einem Gespräch mit dem sächsischen Staatssekretär für Kultus, Günther Portune, am 14. Februar 2000 entwickelte der Bundesfachausschuss frauenpolitische Änderungs- und Ergänzungsanträge zum Leitantrag "Aufbruch in die lernende Gesellschaft". Auf der Tagesordnung standen u.a. die Situation von Frauen in Wissenschaft und Forschung, die Chancen und Risiken der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die Möglichkeiten, für Studierende mit Kindern eine optimale Vereinbarkeit von Studium und Familie zu erreichen.

Innerhalb der Arbeitsgruppe Quorum unter der Leitung von Annette Widmann-Mauz wurde die jetzige Quorumsregelung der CDU und ihre Auswirkungen seit Inkrafttreten auch im Vergleich zu den Modellen anderer Parteien geprüft. Darüber hinaus wurden Grundsätze für eine Neuformulierung beschlossen. Vor dem Hintergrund, dass das Quorum Ende 2001 auslaufen sollte, erarbeitete eine Arbeitsgruppe einen Vorschlag für einen Beschluss des CDU-Parteitages zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Statuten der CDU Deutschlands, der der Kommission Parteireform vorgelegt wurde.

Die Arbeitsgruppe "Internationale Menschenrechte und Gewalt gegen Frauen" unter der Leitung von Bärbel Sothmann hat sich insbesondere mit dem Aktionsplan der rot-grünen Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen beschäftigt. Auf der Grundlage dieser Arbeit setzte sich die Arbeitsgruppe speziell mit der häuslichen Gewalt gegen Frauen auseinander.

Der Bundesfachausschuss thematisierte die von der CDU/CSU Bundestagsfraktion vorgelegten Eckpunkte einer neuen Politik für Familien und diskutierte insbesondere das Familiengeld-Konzept. In diesem Zusammenhang beschäftigte sich der Ausschuss auch mit der Situation der Kinderbetreuung in Deutschland und verabschiedete ein Positionspapier zur Kinderbetreuung.

Darüber hinaus befasste sich der Bundesfachausschuss mit den aktuellen Entwicklungen in der IT-Branche und ihre Auswirkungen auf Frauen.

Am 19. Nov. 2001 wurde eine Anhörung zum Thema „Frauen in der Wirtschaft“ durchgeführt, zu der Expertinnen und Experten aus der Wirtschaft, aus Verbänden und der Wissenschaft eingeladen waren: Prof. Dr. Sonja Bischoff (Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik), Dr. Anne Dohle (Zentralverband des Deutschen Handwerks), Ursula Fuggis-Hahn (Boehringer Ingelheim Pharma KG), Ilga Möllenbrink (Union der leitenden Angestellten Köln), Hildegrad Müller (Dresdner Bank, Vors. der Jungen Union), Thomas Saile (Gerhard Rösch GmbH), Prof. Dr. Barbara Schaeffer-Hegel (Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V.). In diesem Fachgespräch setzten sich die Teilnehmerinnen damit auseinander, mit welchen Maßnahmen Hindernisse für Frauen in der Wirtschaft ausgeräumt werden können und wie es gelingen kann, die Chancen von Frauen als gleichberechtigte Partnerinnen in der Wirtschaft zu erhöhen.

Erklärungen/Beschlüsse:

- Kritikpunkte an den Plänen der Bundesregierung zur Reform der Hinterbliebenenversorgung: "Riesters Irrwege bei der Reform der Hinterbliebenenversorgung"
- Prüfsteine zur Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung aus frauenpolitischer Sicht
- Beschluss zum Ausbau der Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Unterstützung von Familien bei der privaten Altersvorsorge
- Stellungnahme zu den rot-grünen Rentenplänen für Frauen anlässlich des Internationalen Weltfrauentages
- Positionspapier zur Kinderbetreuung
- Beschluss zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Statuten der CDU Deutschlands

2.2.12 Bundesfachausschuss Gesellschaft- und Sozialpolitik

Vorsitzender: Herrmann-Josef Arentz

Stellvertreter: Claudia Nolte
Peter Clever
Andreas Storm

Geschäftsführer/-in: Dr. Kerstin Leis, ab 01/2002 Torsten Fischer

Beratungen und Ergebnisse innerhalb der 14. Legislaturperiode

Der Bundesfachausschuss hat in den vergangenen Jahren insgesamt siebenmal getagt und in den zusätzlich hinzukommenden Sitzungen und Anhörungen der temporär eingerichteten Unterarbeitsgruppen „Alterssicherung“, „Gesundheitspolitik“ und „Arbeitsmarkt“ perspektivische Arbeit geleistet.

So konnten auf der Grundlage eines Entwurfes der Arbeitsgruppe „Gesundheitspolitik“ am 23. September 1999 der Beschluss „Erstklassige und bezahlbare Gesundheitsversorgung für alle“ gefasst werden, welcher der Presse am 15. Oktober 1999 vorgestellt wurde und eine positive Resonanz fand.

Anfang Februar 2000 konnte der Bundesfachausschuss für Gesellschafts- und Sozialpolitik eine ganztägig Expertenanhörung zum Thema „Zukunft der Krankenhauspolitik“ durchführen. Die Ergebnisse hieraus dienten als Fundament für das „Diskussionspapier für eine realistische und sozial verträgliche Krankenhausreform“, welches am 6. April 2000 der Öffentlichkeit und den Vertretern der Presse vorgestellt werden konnte.

In der Expertenanhörung zur Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes, am 9. Februar 2001, kam man zu Ergebnissen, die in den Beschluss des Bundesvorstandes „Soziale Partnerschaft stärken - Betriebsverfassungsgesetz zukunftsfähig modernisieren“ eingebracht werden konnten.

Für den 14. Bundesparteitag in Dresden wurde durch den Bundesfachausschuss für Gesellschafts- und Sozialpolitik eine Reihe von Anträgen erarbeitet, welche zum größten Teil mit den vorgeschlagenen Inhalten von den Delegierten angenommen wurden.

2.2.13 Bundesfachausschuss Außen- und Sicherheitspolitik

Vorsitzender: Dr. Friedbert Pflüger

Stellvertreter(-in): Dr. Andreas Schockenhoff

Helga Grigoleit

Geschäftsführer: Gert Olav Göhs

Der Bundesfachausschuss Außen- und Sicherheitspolitik hat seit dem 14. Parteitag eine Sitzung am 18.03.2002 abgehalten.

Folgende Beschlüsse wurden gefasst:

- Soldaten im Auslandseinsatz: wer unserem Land dient, verdient unsere Fürsorge
- Schutz vor biologischen Waffen
- Verteidigung und Verständigung: Für einen Harmel-Bericht II der Nato
- Den EU-Beitritt für die Lösung des Zypern-Konflikts nutzen!

Am 27.03.2002 fand eine Pressekonferenz mit Dr. Pflüger im Konrad-Adenauer-Haus zum Thema „Alleingang der USA, Stärkung der NATO“ statt.

Weitere Schwerpunktthemen:

- Die 2. Phase des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus

- Das Verhältnis mit Russland – Neupositionierung nach dem 11. September 2001
- Nahost-Konflikt

2.2.14 Bundesfachausschuss Europapolitik

Vorsitzender: Elmar Brok

Stellvertreter-(in): Christine Lieberknecht
Philipp Graf von Walderdorff

Geschäftsführer: Gert Olav Gøhs

Der Bundesfachausschuss hat seit dem 14. Parteitag eine Sitzung am 17.04.2002 abgehalten.

Folgender Beschluss wurde gefasst:

- CDU fordert feste Verankerung der kommunalen Selbstverwaltung im europäischen Verfassungsvertrag

Schwerpunktthemen:

- Die Strategie der EU-Erweiterung
- Forderungen im Hinblick auf die weitere Behandlung des EU-Vertrags von Nizza und an den Post-Nizza-Prozess
- Überlegungen zur Reform der EU-Agrarpolitik
- Einführung des Euro als Bargeld
- Integrierte Sicherheitspolitik nach den Terroranschlägen in den USA
- Vorschläge von CDU und CSU für einen europäischen Verfassungsvertrag („Schäuble-Bocklet-Papier“)
- EU-Erweiterung: Aktion Grenzraum

2.2.15 Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik

Vorsitzender: Armin Laschet

Stellvertreter-(in): Klaus-Jürgen Hedrich
Anne-Karin Glase

Geschäftsführer: Markus Lackamp

Der Bundesfachausschuss hat seit dem 14. Parteitag zwei Sitzungen am 10.12.02 und 07.01.2002 abgehalten.

Folgende Beschlüsse wurden gefasst:

- Reformpolitik und Stabilität in Ost- und Südosteuropa weiter fördern – gegen den Kahlschlag bei der Entwicklungszusammenarbeit
- Den Abwärtstrend des Entwicklungshaushalts sofort umkehren

Presseerklärungen und –meldungen:

- Gegen den Kahlschlag bei der Entwicklungszusammenarbeit

- Gesetz soll Abwärtstrend des Entwicklungshaushalts umkehren!
- Mugabe muss Weg für demokratischen Neuanfang Simbabwe frei machen
- Mazedonien braucht Taten statt Worte

Weiteres Schwerpunktthema:

- Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit nach dem 11. September 2001

2.2.16 Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen

Unmittelbar vor dem letzten Parteitag wählte der BACDJ einen neuen Vorstand. Neuer Vorsitzender ist nun Dr. Norbert Röttgen. Seine Stellvertreter sind Frau Dr. Elisabeth Dette-Koch, Dr. Andreas Birkmann, Dr. Detlef Gottschalk sowie Herbert Helmrich.

Seit dem 14. Parteitag in Dresden tagten zwei Arbeitsgruppen sowie die Fachkommission Europa. Die Arbeitsgruppe Renten- und Sozialrecht tagte am 7. Februar 2002 und 4. April 2002 jeweils in Hannover. Ziel der Arbeitsgruppe ist die Formulierung eines umfassenden Konzeptes, welches in der Lage ist, Renten- und Sozialleistungen sicher zu stellen.

Die Arbeitsgruppe Rechtspolitisches Programm formuliert zurzeit neue Rechtspolitische Leitlinien. Sie traf sich bislang am 15. Februar, 5. April und am 13. Mai 2002. Ziel ist es, noch vor der Sommerpause die neuen Rechtspolitischen Leitlinien zu präsentieren und zur Diskussion zu stellen.

Die Fachkommission Europa tagte am 22. Februar und am 12. April 2002. In der ersten Sitzung beschäftigte sich die Kommission mit dem „Blauen Brief“ aus Brüssel. In der zweiten Sitzung wurden die Benesch-Dekrete aus europarechtlicher Perspektive diskutiert.

Am 1. März 2002 fand eine Sitzung den Vorstandes insbesondere zur Vorbereitung des rechtspolitischen Kongress am 3. und 4. Mai 2002 statt. Der engere Vorstand traf sich 5. Dezember 2001 und am 13. Mai 2002.

2.2.17 Gesprächskreis Kultur

Vorsitzender: Dr. Norbert Lammert

Geschäftsführer: Dr. Ralf Gebel

Arbeitsplanung 1999/2002

Der Gesprächskreis Kultur hat seit seiner konstituierenden Sitzung im April 1999 den Dialog zwischen der CDU und Künstlern bzw. Vertretern von Kulturverbänden gepflegt und eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt.

Im Juli 1999 fand in Weimar der kulturpolitische Kongress der CDU Deutschlands statt, der zu zahlreichen Kontakten und Gesprächen genutzt wurde. „Kulturstaat Deutschland – Verfassungsauftrag im Alltag“ lautete das Motto des Kongresses. Im Mittelpunkt der dritten Sitzung stand die Hauptstadtkulturförderung (Oktober 1999 in Berlin, u. a. mit Professor Lehmann, dem Präsidenten der Stiftung Preußischer Kul-

turbesitz). Die vierte Sitzung (März 2000) fand auf Einladung des Kulturkreises der Deutschen Wirtschaft im BDI im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin statt. Im Mittelpunkt standen u. a. die Arbeit der Akademie der Künste, die von ihrem Präsidenten György Konrád präsentiert wurde, sowie Fragen des Stiftungsrechts. Am 15.9.2000 trafen sich die Mitglieder des Gesprächskreises auf der „Expo2000“ in Hannover und ließen sich insbesondere über das umfangreiche Kulturprogramm der Weltausstellung unterrichten. Am 27.3.2001 war der Gesprächskreis Gast der „Stiftung Brandenburger Tor“ der Bankgesellschaft Berlin. An dieser Sitzung nahm auch die Parteivorsitzende Dr. Angela Merkel teil. Die folgende Sitzung war in das „1. Potsdamer Gespräch zur Kulturpolitik“ der Konrad-Adenauer-Stiftung eingebunden, zu dem Dr. Lammert als Stellvertretender Vorsitzender der Stiftung eingeladen hatte (9./10.11.2001). Themenschwerpunkte der Tagung, an der u. a. der Beauftragte der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Staatsminister Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, und die Brandenburgische Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Prof. Dr. Johanna Wanka, als Referenten teilnahmen, waren Kulturpolitik in Brandenburg, Kulturföderalismus und Bundeskulturstiftung, Urheberrecht und Stiftungsrecht.

2.2.18 Arbeitskreis Polizei

Vorsitzender: Volker Bouffier

Stellvertreter: Josef Schön
Klaus Schlie

Geschäftsführer: Peter Brörmann (bis Juli 2000)
Dr. Jean Angelov (ab August 2000)

Konstituierung: 9. Dezember 1999

Arbeitsplanung 1999/2002

Bis zum Jahre 2002 beschäftigt sich der Bundesarbeitskreis Polizei verstärkt mit Fragen des Freiwilligen Polizeidienstes, der gesetzlichen Regelung für Wach- und Sicherheitsdienste sowie der Möglichkeit der Vorfeldermittlung durch den Verfassungsschutz und der Videoüberwachung des öffentlichen Raumes. Weitere Themen sind die Stärkung der Aufgaben und Befugnisse der Polizei sowie die Gewährung der inneren Sicherheit in Europa und der Schutz der EU-Außengrenzen. Er wird zudem das begonnene Arbeitspapier zur Stärkung der inneren Sicherheit fortführen, das Anregungen und Forderungen zur kriminalpräventiven wie auch polizeilichen Arbeit enthält.

2.2.19 Arbeitskreis Menschenrechte

Vorsitzender: Hermann Gröhe

Stellvertreter-(in): Peter Weiß
August Rössner
Marlene Lenz

Geschäftsführer: Markus Lackamp

Der Bundesarbeitskreis hat seit dem 14. Parteitag eine Sitzung am 31.01.2002 abgehalten.

Folgende Beschlüsse wurden gefasst:

- Diskriminierung und Verfolgung von Christen in aller Welt

Presseerklärungen und –meldungen:

- Mugabe muss Weg für demokratischen Neuanfang Simbabwe frei machen
- Einsatz gegen Diskriminierung und Verfolgung von Christen in aller Welt

2.3 Aussiedlerbeauftragtenkonferenz

Unter Vorsitz der Aussiedlerbeauftragten der CDU Deutschlands, Eva-Maria Kors, trat die Konferenz der Aussiedlerbeauftragten am 22. Februar 2002 zu ihrer turnusmäßigen Sitzung in Berlin zusammen. Die Aussiedlerbeauftragte erläuterte zunächst die neue Zusammensetzung dieses Gremiums.

Die bedeutsamen Änderungen zu Lasten der Spätaussiedler im rot-grünen Zuwanderungsgesetz wie auch den neuerlichen Vorstoß des niedersächsischen Innenministers Bartling, von den Russlanddeutschen den individuellen Nachweis ihres Kriegsfolgenschicksal zu fordern, lehnten die Teilnehmer der Konferenz einhellig ab. Einig war man sich darin, dass damit das Maß für die Aussiedler voll und die Schmerzgrenze erreicht sei. Dank wurde an die Adresse der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, namentlich an Wolfgang Bosbach, gerichtet, der die aussiedlerspezifischen Änderungsanträge zu diesem Gesetz in den Katalog der 16 Kernkritikpunkte aufgenommen hat. Besonderes Augenmerk verdient die Frage der Wiederholbarkeit der Sprachtests für Spätaussiedler im Herkunftsland. Mit Freude wurde festgestellt, dass diese Forderung in einem Beschluss des Dresdener Parteitages Unterstützung gefunden hat.

Ebenso war man sich darin einig, dass auch für Spätaussiedler und ihre Familien die Verpflichtung bestehe, sich in Deutschland zu integrieren. Erfahrungen über die Aussiedlerarbeit vor Ort wurden von den Teilnehmern ausführlich ausgetauscht. Deutlich hingewiesen wurde darauf, dass die Integration der Aussiedler zu Lasten der Kommunen gehe. Die zum Teil fehlenden Sprachkenntnisse entwickelten sich zu einem immer größeren Problem, gerade auch mit Blick auf eine Vermittlung der Spätaussiedler auf dem Arbeitsmarkt. Andererseits sollten die positiven Auswirkungen des Aussiedlerzuzugs nicht vergessen werden, und zwar auch als Entlastung der Sozialversicherungskassen.

Nach dem Willen der Aussiedlerbeauftragtenkonferenz wird sich die Aussiedlerpolitik der CDU auch künftig an den Schicksalen und Anliegen der Aussiedler, Spätaussiedler und deren Familien sowohl in Deutschland als auch in den Herkunftsgebieten orientieren und soll auch weiterhin geprägt sein durch die Grundsätze der Solidarität und der Verantwortung.

2.4 Oberbürgermeisterkreis

Vorsitzende: Parteivorsitzende Dr. Angela Merkel

Geschäftsführerin: Cornelia Grußendorf

Sitzungen und Ergebnisse:

15. Februar 2001

Konstituierung des Gesprächskreises unter dem gemeinsamen Dach von Partei und Fraktion sowie Festlegung der Arbeitsschwerpunkte, die bis zur nächsten Sitzung durch Arbeitsgruppen vorzubereiten sind.

Anschließend Berufung von vier Arbeitsgruppen durch die Parteivorsitzende:

- Arbeitsgruppe 1 „Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe, Arbeitslosigkeit und Anreizsysteme“, Vorsitz: Karl-Josef Laumann
- Arbeitsgruppe 2 „Altenbetreuung, Pflege“, Vorsitz: Wolfgang Lohmann
- Arbeitsgruppe 3 „Verstetigung der Kommunikations- und Informationsstrukturen zwischen Partei-, Fraktionsspitze, KPV, KAS und Oberbürgermeistern“, Vorsitz: Generalsekretär Laurenz Meyer
- Arbeitsgruppe 4 „Entwicklung der Kommunalfinanzen“, Vorsitz: Jochen-Konrad Fromme

10. Oktober 2001

Sitzung der AG 3 und Erarbeitung eines Thesenpapiers zur Verstetigung der Kommunikations- und Informationsstrukturen zwischen Partei-, und Fraktionsspitze, KPV, KAS und Oberbürgermeistern.

7. November 2001

Sitzung des Gesprächskreises, Beschluss, künftig auch die CSU-Oberbürgermeister zu den Sitzungen des Gesprächskreises einzuladen sowie Diskussion und beschluss der vorgelegten Thesen zur Verstetigung der Kommunikations- und Informationsstrukturen zwischen Partei-, und Fraktionsspitze, KPV, KAS und Oberbürgermeistern. Ein weiteres Schwerpunktthema war die kommunale Finanzsituation.

8. November 2001

Sitzung der AG 4 „Entwicklung der Kommunalfinanzen“ unter Vorsitz von Jochen-Konrad Fromme

14. März 2002

Sitzung der AG 2 „Altenbetreuung, Pflege“, Vorsitz: Wolfgang Lohmann und Erarbeitung eines Thesenpapiers zur Zukunft von Altenbetreuung und Pflege

21. März 2002

Sitzung der AG 4 „Entwicklung der Kommunalfinanzen“ unter Vorsitz von Jochen-Konrad Fromme

15. Mai 2002

Sitzung des Gesprächskreises, Schwerpunktthemen: Kommunalfinanzen, Altenbetreuung und Pflege, Wahlkampfthemen

2.5 Internet-Kommission

Die Internetkommission hat im Berichtszeitraum unter der Leitung des CDU-Internetsprechers, Herrn Professor Thomas Heilmann, einmal getagt.

Ziel der Sitzung war die Überarbeitung des Internetpapiers „Chancen@Deutschland“ in Absprache mit den jeweiligen Experten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

4.2 Zukunftskonferenz Werte

„Zeit für Verantwortung“ – unter dieser Überschrift stand die große Wertekonferenz der CDU Deutschlands am 21. Mai 2002 in Berlin. Über 500 Gäste kamen in das A-xica-Kongresszentrum am Pariser Platz, um mit der Parteivorsitzenden Dr. Angela Merkel, Generalsekretär Laurenz Meyer, dem Vorsitzenden der Wertekommission der CDU, Dr. Christoph Böhr, sowie weiteren Spitzenpolitikern und Fachleuten über die Werte zu diskutieren, auf denen unsere Gesellschaft basiert.

Der Vorsitzende der Jugendkommission der Deutschen Bischofskonferenz, Franz-Josef Bode, plädierte in seinem Einleitungsvortrag dafür, nicht mit Aktionismus auf die Ereignisse in Erfurt zu reagieren. Dies sei „Herumdoktern an Symptomen“. Stattdessen sollte unsere Gesellschaft sich wieder ihrer „Wurzeln“ bewusst werden. Schlüsselbegriff der Wertediskussion sei die Menschenwürde. In Zeiten, in denen das Leben zunehmend verfügbar werde – an seinem Anfang wie an seinem Ende –, müsse der nicht relativierbare Wert des Einzelnen wieder mehr in den Mittelpunkt gerückt werden.

In zwei Gesprächsrunden wurden dann unter der Leitung von Dr. Jürgen Rüttgers bzw. Dr. Annette Schavan vor allem die Themen Biotechnologie und Sterbehilfe („Leben nach Belieben? Wertewandel und seine Grenzen“) sowie Erziehung und Bildung („Renaissance der Erziehung in der globalen Welt?“) erörtert. In der ersten Runde diskutierten der Philosoph Prof. Dr. Ludger Honnefelder, die Theologin und Europaabgeordnete der niederländischen Christdemokraten Maria Martens und Eugen Brysch von der Deutschen Hospiz-Stiftung, in der zweiten Runde der Publizist Christian Nürnberger-Gerster und Thomas Schmid, Ressortverantwortlicher Politik der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung.

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands machte in ihrer Abschlussrede („Wertegleitetes Regieren – Zeit für Verantwortung“) deutlich, dass „nur Politik mit einem klaren Kompass, dem christlichen Menschenbild“ auch „wirklich wertegeleitete Politik“ sein könne. Eine Regierung brauche diesen Kompass, dieses Verständnis von Grundwerten, sonst gehe ihre Botschaft verloren. Angela Merkel plädierte für mehr Eigenverantwortung der Bürger. Die Menschen hätten die Kraft dazu. Es müsse eine neue Balance zwischen Sicherheit und Risiko gefunden werden.

4.3 Fachgespräch Forschung

Die Bundesvorsitzende der CDU, Dr. Angela Merkel, und der Bundesfachausschuss Forschung und Innovation richteten am 24. Mai 2002 ein Fachgespräch Forschung in der CDU-Bundesgeschäftsstelle aus. Über 60 Vertreter von Wissenschaftsorganisationen, Verbänden, Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Forschungspolitiker diskutierten über den Stand der deutschen Wissenschaft und Forschung im internationalen Vergleich, das Verhältnis zwischen Grundlagenforschung und Markt sowie den wissenschaftlichen Nachwuchs. Referenten waren der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Prof. Dr. Ernst-Ludwig Winnacker, der Forschungsvorstand der Schering AG, Prof. Dr. Günter Stock, der Präsident der Berliner Humboldt-Universität, Prof. Dr. Jürgen Mlynek, sowie von Seiten der Politik der Wissenschaftsminister für des Landes Baden-Württemberg, Prof. Dr. Peter Franckenberg, die Kultusministerin von Baden-Württemberg, Dr. Annette Schavan, der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Heinz Riesenhuber, und die Abgeordneten Katherina Reiche und Thomas Rachel. Ziel der Veranstaltung war es, von den Referenten und Teilnehmern Hinweise für die Formulierung einer konsistenten Forschungs- und Innovationspolitik zu erhalten, um die Leitlinien des Regierungsprogramms weiter auszufül-

len. Stichworte waren u. a. Forschungsfinanzierung, Hochschulreformgesetz, Wissenschaftlerbesoldung (Wissenschaftlertarifvertrag), Anwerbung ausländischer Wissenschaftler, Hightech-Gründungen, Konsequenzen aus der Pisa-Studie, Aufnahme des Tierschutzes ins Grundgesetz, Stammzellforschung. Die Teilnehmer waren sich einig, dass strategische Konzepte in vielen technologischen Bereichen notwendig sind. Katherina Reiche stellte die Biotechnologiestrategie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor. Ebenso bestand Einigkeit darüber, dass die falschen Weichenstellungen in der Hochschulpolitik durch die De-facto Abschaffung der Habilitation korrigiert werden müssen.

4.4 Filmempfang

Wie bereits im letzten Jahr, war das „Theodor Tucher“ in Berlin der Austragungsort für den Film-Empfang der CDU Deutschlands.

Am Tag der 52. Verleihung des Deutschen Filmpreises, dem 14. Juni 2002, begrüßte die CDU-Vorsitzende gemeinsam mit dem in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verantwortlichen Kollegen für Filmpolitik, Herrn Bernd Neumann MdB, zahlreiche Gäste aus der Film- und Fernsehbranche sowie als Gastredner den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Neuer Deutscher Spielfilmproduzenten e.V., Herrn Eberhard Junkersdorf.

4.5 InternetNight

Die zweite InternetNight der CDU Deutschlands fand am 4. Juni 2002 in der Bundesgeschäftsstelle statt. Zahlreiche Gäste aus der Politik, der Wirtschaft und den Kommunen sowie der Informations- und Kommunikationswirtschaft diskutierten über aktuelle Trends und Perspektiven der Internetbranche.

Die Einführungsreden hielten die CDU-Vorsitzende Dr. Angela Merkel und der CDU-Internetsprecher, Professor Thomas Heilmann, der das neue Internetpapier „Chancen@Deutschland Version 2.0“ vorstellte.

In vier parallel stattfindenden Workshops diskutierten Gäste und Experten zu den Themen:

- Am Anfang war das Geschäftsmodell – vom Start-Up zum Mittelstand und weiter
- Netzwerkattacken und Cyberwar - Sicherheit im Internet
- Jugendschutz im Internet – eine Wertediskussion
- Politik im Internet – Internetwahlkampf

Zu den Experten gehörten:

Prof. Thomas Heilmann (Internetsprecher der CDU Deutschlands), Christian Wulff MdL (Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen und Stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands), Philip von Ditfurth (COO/CFO der conject AG), Ulrich Dietz (Vorsitzender des Vorstands der GFT Technologies AG), Thomas Mosch (Referent Mittelstandsfragen und Start-Ups – BITKOM), Bernd Neumann MdB, Sascha Hanke (Technischer Produktmanager Windows - Microsoft GmbH), Peter Söll (Geschäftsführer - NCP engineering GmbH), Dr. Armgard von Reden (Direktorin Public Affairs IBM Deutschland GmbH), Sebastian Schreiber (Senior Consultant und Geschäftsführer - System Security Schreiber), Prof. Dr. Maria Böhmer MdB, Sabine Frank (Geschäftsführerin - Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter

e.V.), Dr. Hansjörg Kuch (Leiter der Gruppe Medienpolitik und Medienwirtschaft - Bayerische Staatskanzlei), Prof. Dr. Hubertus Gersdorf (Universität Rostock), Univ.-Prof. Dr. Marcel Machill (Director Media Policy - Bertelsmann Stiftung), Laurenz Meyer (Generalsekretär der CDU Deutschlands), Dr. Martina Krogmann, MdB, Christian Vry (Director Consulting Online - M.E.C.H. The Communications House – Berlin GmbH), Alexander Bilgeri (Vorsitzender des Vorstands der politikscreen.de AG), Dr. Gunnar Bender (Vice President Public Policy & Government Relations - AOL Deutschland)

Nach den Workshops sprach der Vorstandsvorsitzende der Jenoptik AG, Prof. Dr. h.c. Lothar Späth, zum Thema: „Ideen eine Chance geben – Strategien für mehr Innovation und Wachstum“

4.6 Bürger machen Staat

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2001 zum „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ ausgerufen. Aus diesem Anlass hat die CDU eine Kampagne gestartet unter dem Motto „Bürger machen Staat“ und dazu insbesondere einen „CDU-Bürger-Preis“ für ehrenamtliches und freiwilliges Engagement ausgelobt.

An der Kampagne haben sich die Gliederungen und Vereinigungen der CDU bundesweit auf allen Ebenen intensiv beteiligt. Rund zweitausend Bewerbungen um den Bürgerpreis hat es schließlich bundesweit gegeben, in folgenden Kategorien:

- **„Vor Ort“** für lokale Initiativen
- **„Im Netzwerk“** für Projekte, die Infrastrukturen für freiwilliges Engagement schaffen
- **„International“** für grenzüberschreitende Projekte
- **„CDU-E-Community“**, ein Sonderpreis für neue Formen der Bürgerbeteiligung und Politikvermittlung im Internet.

Unter den Landessiegern hat eine Bundesjury unter Leitung der Parteivorsitzenden Dr. Angela Merkel nunmehr die Bundessieger gewählt. Sie werden den CDU-Bürgerpreis im Rahmen des CDU-Parteitages in Frankfurt/Main erhalten. Den Bundessiegern wird die CDU insbesondere im Rahmen von Projekt-Patenschaften mit Know-How und Kontakten bei der Weiterentwicklung ihrer Initiative helfen. Darüber hinaus sind alle Landessieger eingeladen worden, um einer breiten Öffentlichkeit auch ihre Projekte vorzustellen.
„Hut ab vor Ihrem Mut“

Im Rahmen der Aktion „Bürger machen Staat“ hat Generalsekretär Laurenz Meyer die Aktion „Hut ab vor Ihrem Mut“ ins Leben gerufen, um Menschen auszuzeichnen, die in schwierigen Situationen Zivilcourage gezeigt haben – sei es, weil sie Menschen geholfen haben, die wegen ihrer Hautfarbe oder Herkunft angegriffen wurden, oder weil sie Kindern, Behinderten, älteren Menschen und auch erwachsenen Männern und Frauen in Notsituationen beigesprungen sind. Auch an dieser Kampagne hat sich die CDU bundesweit intensiv beteiligt. Zahlreiche Vorschläge zur Ehrung couragierter Menschen sind in der CDU-Bundesgeschäftsstelle im Laufe des Jahres eingegangen. Drei der vorgeschlagenen Beispiele für Mut und rasches Handeln im Alltag haben besonders überzeugt – die Vorgeschlagenen sind deshalb ebenfalls zum Parteitag eingeladen, um dort für das Geleistete besonders geehrt zu werden.

5. Medien

5.1 Elektronische Medien

Aktivitäten im Online-Service

In den vergangenen Monaten lag der Schwerpunkt der Tätigkeit des Online-Service auf den Vorbereitungen für den Bundestagswahlkampf. Neben der Erstellung von speziellen Internet-Seiten im Rahmen der Kampagne, hat der Online-Service auch den Versand der E-Mail-Newsletter professionalisiert und kann allen CDU-Verbänden eine kostenlose Homepage für die Zeit bis zum 22. September anbieten.

Online-Aktionen und Launches

Der Startschuss für den Online-Wahlkampf zu den diesjährigen Bundestagswahlen fiel am 19. November 2001 und wurde von der CDU initiiert. Anlässlich des SPD-Parteitages erfolgte der Start von www.wahlfakten.de.

Die Parteitagsrede von Gerhard Schröder wurde analysiert und seine Aussagen Absatz für Absatz widerlegt. Die Behauptungen wurden dann zusammen mit den erklärenden Fakten aus unabhängigen Quellen auf www.wahlfakten.de ins Netz gestellt. Zwischen der Äußerung Schröders und der Widerlegung im Internet vergingen nur wenige Minuten.

Mittlerweile ist diese Form des aus den USA stammenden „Rapid Response“ bereits zu fast einem Dutzend Anlässen eingesetzt worden. Unter anderem bei einem Auftritt Gerhard Schröders in Berlin Mitte, bei Reden von Hans Eichel und im Zuge des Wahlkampfes in Sachsen-Anhalt. Die Ergebnisse werden nach jeder Aktion an einen ständig wachsenden Abonnentenkreis versendet.

Zu den Nutzern zählen nicht nur zahlreiche Journalisten, sondern auch viele CDU-Mitglieder. Diese greifen auf das mittlerweile umfassende Archiv zurück, um die Inhalte in eigenen on- und offline Publikationen zu verarbeiten.

Nach dem erfolgreichen Start von wahlfakten.de hat die Parteivorsitzende Dr. Angela Merkel auf der CeBIT 2002 mit www.wahlkreis300.de eine weitere Aktionsseite der CDU eröffnet. Hierbei handelt es sich um eine offene Plattform, auf der Nutzer in verschiedenen Parteien eine Wahlkampfsimulation durchspielen können. Sinn und Zweck dieser Seiten ist es, junge und politisch interessierte, den Parteien aber fernstehende Menschen zu aktivieren und für die Wahlkampagne zu interessieren.

Das Regierungsprogramm 2002 bis 2006 ist parallel zu seiner Offline-Vorstellung auch online unter www.regierungsprogramm.de der Öffentlichkeit präsentiert worden. Neben Download und Kurzversion wurde in diesem Jahr erstmalig eine per Stichwortverzeichnis erschließbare html-Version eingestellt.

Anfang Juni wurden die eigentlichen Wahlkampfseiten unter der Domain www.zeitfuertaten.de eröffnet. Diese Seiten bilden das Herzstück der inhaltlichen Online-Kampagne der CDU. Sie stellen die vertretenen Positionen der Union umfassend dar und bieten den Besuchern unterschiedliche Zugangswege zu den Informationen.

Innovativ ist die Gliederung der Inhalte in drei Gruppen. Die Besucher der Seiten können sich entweder über den Zugang „Themen“, „Lebenssituationen“ oder „Regionen“ die Inhalte erschließen. So soll sichergestellt werden, dass die Besucher möglichst umgehend mit den für ihr Interesse relevanten Informationen versorgt

werden. Aus diesem Grund werden die Inhalte des Regierungsprogramms in etwa 150 Einzeltexten angeboten.

Vernetzung der Partei

Newsletter-Versand

In den letzten Wochen ist ein Vertrag mit einem professionellen E-Mail-Versanddienst geschlossen worden. Über das Portal der Firma werden zukünftig die E-Mail-Newsletter der Bundesgeschäftsstelle versendet.

Diese Umstellung von Major-Domo-Listen auf eine professionelle Versandplattform ist notwendig, um den gestiegenen Bedürfnissen der Empfänger gerecht zu werden. Die auf diesem Weg versendeten Mails können wahlweise als sogenannte html-Mail, also mit graphischer Gestaltung und interner Verlinkung, oder als reine Text-Mail versendet werden. Beim Empfänger erscheint lediglich das gewünschte Format.

Außerdem ist in diesem System eine Personalisierung der Rundschreiben möglich. Mit der neuen Plattform ist der Online-Service auch in der Lage zu verfolgen wie die E-Mails angenommen werden. Es besteht die Möglichkeit zu analysieren, welche Links wie oft aufgerufen werden und wann dies geschieht. Auf Basis dieser Daten lassen sich dann die Gestaltung und der Versandzeitpunkt des Newsletters optimieren, d.h. besser an die Nutzerbedürfnisse anpassen.

Kostenlose Homepage für alle Verbände

Durch eine Kooperation mit der Firma INTECH Media AG ist es der Bundesgeschäftsstelle möglich, allen CDU-Verbänden bis zur Bundestagswahl einen kostenlosen Internetauftritt anzubieten. Das zu Grunde liegende System wird bereits von über 300 CDU-Verbänden, Abgeordneten und Kandidaten genutzt. Es handelt sich um ein Redaktionssystem, das die Erstellung und Pflege von Internetseiten auch ohne Programmierkenntnisse ermöglicht. Aus diesem Grund eignet es sich in besonderer Weise für den Einsatz in kleineren und mittleren Verbänden, die nicht über Programmierer in den eigenen Reihen verfügen.

Zusätzlich bietet das System einen weiteren Vorteil. Eine Seite wird jeweils direkt durch die Bundesgeschäftsstelle und die zuständige Landesgeschäftsstelle gepflegt. So verfügen die Auftritte auch über tagesaktuelle Inhalte, wenn der Webmaster vor Ort gerade einmal keine Zeit hat.

Jeder Verband ist damit technisch und finanziell in der Lage, im Bundestagswahlkampf auch online vertreten zu sein. Die Nutzung des Systems ist über den September hinaus möglich. Sollten sich Verbände für eine dauerhafte Übernahme entscheiden, entstehen jährliche Kosten von 99 Euro.

5.2 Union in Deutschland

Informationen und Argumentationshilfen

Der Informationsdienst der CDU „Union in Deutschland“ (UiD) erscheint wöchentlich mit mindestens 40 Ausgaben im Jahr.

Er enthält Informationen über aktuelle politische Ereignisse und gibt Argumentationshilfen zu wichtigen Sachfragen. Er informiert über die jeweilige Beschlusslage:

- der Partei und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
- aber auch über die europapolitischen Aktivitäten der EVP und der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments.
- Regelmäßig weist der UiD auf Veranstaltungen und Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung hin.

In fast jeder Ausgabe enthält der UiD eine Dokumentation mit wichtigen Beschlüssen der Partei, Gesetzesinitiativen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und wichtigen Reden im Wortlaut.

Der UiD stellt regelmäßig die aktuellen Informations- und Werbematerialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle vor und gibt den Parteigliederungen Tipps für die Öffentlichkeitsarbeit. Zweimal im Jahr erscheint das Gesamtangebot aller Informations- und Werbematerialien.

Für die Landesverbände besteht die Möglichkeit einer regionalen Beilage: Gelber Teil. Gebrauch macht davon zurzeit nur der Landesverband Rheinland-Pfalz.

Seit September 2000 gibt es die Beilage „Union in Europa“, in der die Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament alle 14 Tage über ihre Arbeit unterrichten.

UiD online im CDUNet unter: <http://mitglied.cdu.de>

- Auflage: 21.000 Exemplare
- Bezieher: Funktions- und Mandatsträger
- Jahres-Abonnement: 32 Euro
Einzelpreis: 1 Euro

5.3 Pressearbeit

Die Tätigkeit der Pressestelle der CDU Deutschlands stand im ersten Halbjahr 2002 vor allem im Zeichen des bevor stehenden Bundestagswahlkampfes. Seit der Nominierung des Kanzlerkandidaten der Union, Edmund Stoiber, zu Beginn des Jahres ist die Pressearbeit eng mit den neu eingerichteten Wahlkampfstrukturen verzahnt. Dazu gehört die intensive Zusammenarbeit mit der CSU-Landesleitung, dem im Konrad-Adenauer-Haus eingerichteten persönlichen Wahlkampfstab des Kanzlerkandidaten sowie die Pressebetreuung des „Team 40 plus“.

Im Berichtszeitraum fanden zahlreiche Pressekonferenzen, Hintergrundgespräche und Interviews statt. Zudem war die CDU-Pressestelle für sämtliche Pressemitteilungen und die Beantwortung der zahllosen Presseanfragen verantwortlich. Hierbei ist es gelungen, sowohl die enttäuschende Bilanz der rot-grünen Bundesregierung (z.B. Vorstellung der Schröder-Garantiekarte „Versprochen-Gebrochen“) als auch die eigene inhaltliche und personelle Kompetenz (z.B. Pressekonferenz zum Regierungsprogramm, Vorstellung von Mitgliedern des Kompetenzteams) spürbar in den Medien zu platzieren.

Besonders zu erwähnen ist das große Interesse der Medien an den Wahlkampfeinrichtungen der Union. Die Berichterstattung über die Wahlkampfzentrale „Arena02“

im Konrad-Adenauer-Haus und dem Online-Wahlkampfinstrument „Rapid Response“ (www.wahlfakten.de) nahmen einen breiten Raum ein.

Die Erstellung der werktäglich erscheinenden Presseschau, die ausführlich das Bild der Printmedien wiedergibt, wurde fortgeführt. Die Auswertung des politischen Geschehens im öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehen wurde mit Blick auf den Bundestagswahlkampf weiter ausgebaut.

6. Politischer Arbeitskalender

7. Dezember 2001, Berlin
Sitzung des BFA Medienpolitik

10. Dezember 2001, Berlin
Sitzung des BFA Entwicklungspolitik

17. Dezember 2001, Berlin
Präsidiums- und Bundesvorstandssitzung

17. Dezember 2001, Berlin
Pressekonferenz PV Dr. Angela Merkel: Ergebnisse der CDU-Bundesvorstandssitzung

7. Januar 2002, Berlin
Sitzung des BFA Entwicklungspolitik

9. Januar 2002, Berlin
Pressekonferenz GS Laurenz Meyer: Aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt

11./12. Januar 2002, Magdeburg
Klausurtagung Bundesvorstand

12. Januar 2002, Magdeburg
Pressekonferenz PV Dr. Angela Merkel und MP Dr. Edmund Stoiber: Ergebnisse der Klausurtagung des CDU-Bundesvorstandes

15. Januar 2002, Berlin
Präsidiumssitzung mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken

17. Januar 2002, Berlin
Pressekonferenz PV Dr. Angela Merkel und MP Dr. Edmund Stoiber: Vorstellung der Wahlkampf-Organisation

21. Januar 2002, Berlin
Sitzung der Arbeitsgruppe Wahlen des BFA Sport

22./25. Januar 2002, Berlin
Fototermine für die Bundestagskandidaten

24. Januar 2002, Berlin
Pressegespräch Dr. Norbert Röttgen: Innere Sicherheit – ein Vakuum in der Politik der Bundesjustizministerin

25. Januar 2002, Berlin
Pressekonferenz GS Laurenz Meyer und GS Dr. Thomas Goppel: Erste Sitzung
Team 40 plus

28. Januar 2002, Berlin
Präsidiumssitzung

28. Januar 2002, Berlin
Pressekonferenz GS Laurenz Meyer: Ergebnisse der CDU-Präsidiumssitzung

28. Januar 2002, Berlin
Sitzung des BFA Agrarpolitik

31. Januar 2002, Berlin
Sitzung des BAK Menschenrechte

1. Februar 2002, Berlin
Sitzung des BFA Familie und Jugend

5. Februar 2002, Berlin
Pressekonferenz GS Laurenz Meyer: Arbeitsmarkt

7. Februar 2002, Hannover
Sitzung der AG Renten- und Sozialrecht des BACDJ

12. Februar 2002, Berlin
Pressekonferenz PV Dr. Angela Merkel: Beratungen des EU-Finanzministerrates
zum Blauen Brief

14. Februar 2002, Berlin
Pressekonferenz MP Peter Müller, Dr. Günther Beckstein, Wolfgang Bosbach: Zu-
wanderung

15. Februar 2002, Berlin
Sitzung der AG Rechtspolitisches Programm des BACDJ

18. Februar 2002, Berlin
Präsidiums- und Bundesvorstandssitzung

18. Februar 2002, Berlin
Pressekonferenz PV Dr. Angela Merkel: Ergebnisse der CDU-
Bundesvorstandssitzung

18. Februar 2002, Berlin
Podiumsveranstaltung PV Dr. Angela Merkel, Prof. Dr. Maria Böhmer, Prof. Dr. Rita
Süssmuth: Dialog der Kulturen – Worauf es ankommt!

22. Februar 2002, Berlin
Pressekonferenz PV Dr. Angela Merkel: Reorganisation der Bundesanstalt für Arbeit

22. Februar 2002, Berlin
Pressekonferenz GS Laurenz Meyer: Deutschland braucht wieder eine gute Wirt-
schaftspolitik

22. Februar 2002, Berlin
Sitzung der Fachkommission Europa des BACDJ

22. Februar 2002, Berlin
Aussiedlerbeauftragtenkonferenz

27. Februar 2002, Berlin
Sitzung des BFA Europa

27. Februar 2002
Sitzung des BFA Medienpolitik

1. März 2002, Berlin
2. Sitzung des „Dialogforums Musikwirtschaft“, GS Laurenz Meyer, Steffen Kampe-
ter

4. März 2002, Berlin
Präsidiumssitzung

4. März 2002, Berlin
Pressekonferenz PV Dr. Angela Merkel: Ergebnisse der CDU-Präsidiumssitzung

5. März 2002, Berlin
Pressegespräch Prof. Dr. Heribert Offermanns, Katherina Reiche, Helmut Heiderich
zur Vorstellung des BFA-Beschlusses „Gesamtkonzept Bio- und Gentechnologie“
des BFA Forschung und Innovation

8./9. März 2002, Wörlitz
Präsidiumssitzung mit Präsidium CSU

9. März 2002, Wörlitz
Pressekonferenz PV Dr. Angela Merkel, MP Dr. Edmund Stoiber, Prof. Dr. Wolfgang
Böhmer: Ergebnisse der gemeinsamen Präsidiumssitzung von CDU und CSU

13. März 2002
AG Film des BFA Medienpolitik

14. März 2002, Berlin
Präsidiumssitzung mit der Deutschen Bischofskonferenz

14. März 2002, Berlin
Sitzung der AG „Zukunft der Pflege“ des Gesprächskreises der Oberbürgermeister
von CDU und CSU

18. März 2002, Berlin
Präsidiums- und Bundesvorstandssitzung

18. März 2002, Berlin
Pressekonferenz PV Dr. Angela Merkel: Ergebnisse der CDU-
Bundesvorstandssitzung

18. März 2002, Berlin
Sitzung des BFA Außen- und Sicherheitspolitik

18. März 2002, Berlin
Sitzung der Wertekommission

19. März 2002, Berlin
Landesgeschäftsführerkonferenz

19. März 2002, Hannover
Vorstellung der Homepage www.wahlkreis300.de durch PV Dr. Angela Merkel
auf der CeBit

21. März 2002, Berlin
Sitzung der AG „Kommunalfinanzen“ des Gesprächskreises der Oberbürgermeister
von CDU und CSU

25. März 2002, Berlin
Pressekonferenz PV Dr. Angela Merkel: Familienpolitik

27. März 2002, Berlin
Pressegespräch Dr. Friedbert Pflüger: NATO vor neuen Herausforderungen –
Schutz vor biologischen Waffen

4. April 2002, Berlin
Pressekonferenz PV Dr. Angela Merkel, MP Dr. Edmund Stoiber: Memorandum von
CDU und CSU für ein Bündnis gegen Gewalt

4. April 2002, Hannover
Sitzung der AG Renten- und Sozialrecht des BACDJ

5. April 2002, Berlin
Sitzung der AG Rechtspolitisches Programm des BACDJ

8. April 2002, Berlin
Präsidiumssitzung

10. April 2002, Frankfurt a. M.
AG Programm des BFA Medienpolitik

8. April 2002, Berlin
Pressekonferenz PV Dr. Angela Merkel: Ergebnisse der CDU-
Bundesvorstandssitzung

11. April 2002, Magdeburg
Sitzung des Arbeitskreises Leistungssport des BFA Sport

12. April 2002, Berlin
Pressegespräch GS Laurenz Meyer: Wahlstrategische Perspektiven

12. April 2002, Berlin
Sitzung der Fachkommission Europa des BACDJ

15. April 2002, Berlin
Sitzung des BFA Familie und Jugend

17. April 2002, Berlin
Sitzung des BFA Europa

18. April 2002, Berlin
Sitzung des BFA Umwelt- und Energiepolitik

21. April 2002, Sachsen-Anhalt
Landtagswahlen

22. April 2002, Berlin
Präsidiums- und Bundesvorstandssitzung

22. April 2002, Berlin
Pressekonferenz PV Dr. Angela Merkel: Ergebnisse der CDU-
Bundesvorstandssitzung

22./23. April 2002, Berlin
Seminar für die Bundestagskandidaten

24. April 2002, Berlin
Pressekonferenz PV Dr. Angela Merkel: Zum SPD-Wahlprogramm

29. April 2002, Berlin
Präsidiumssitzung mit Präsidium CSU

3./4. Mai 2002, Berlin
Zukunftsforum Rechtspolitik: „Recht sichert Freiheit“

6. Mai 2002, Berlin
Pressekonferenz PV Dr. Angela Merkel, MP Dr. Edmund Stoiber: Vorstellung des
gemeinsamen Regierungsprogramms

6. Mai 2002, Berlin
Gemeinsame Sitzung der Präsidien von CDU und CSU.
Verabschiedung des Regierungsprogramms 2002/2006

7. Mai 2002, Berlin
Gesprächskreis JKHL

7. Mai 2002, Berlin
Pressekonferenz GS Laurenz Meyer: Aktuelle Arbeitsmarktdaten

7. Mai 2002, Schwerin
Kampagnenkonferenz

13. Mai 2002, Berlin
Präsidiums- und Bundesvorstandssitzung

13. Mai 2002, Berlin
Sitzung des BFA Sport

13. Mai 2002, Berlin
Sitzung des engeren Vorstandes des BACDJ

13. Mai 2002, Berlin
Sitzung der AG Rechtspolitisches Programm des BACDJ

13. Mai 2002, Berlin
Bundespressekonferenz PV Dr. Angela Merkel, MP Dr. Edmund Stoiber: Vorstellung
Mitglied Kompetenzteam, Prof. Dr. h.c. Lothar Späth

13. Mai 2002, Berlin
Sitzung der Wertekommission

13./14. Mai 2002, Berlin
Seminar für die Bundestagskandidaten

14. Mai 2002, Karlsruhe
Kampagnenkonferenz

15. Mai 2002, Berlin
Sitzung des Gesprächskreises der Oberbürgermeister von CDU und CSU

15. Mai 2002, Berlin
Sitzung des BFA Strukturpolitik

15. Mai 2002, Berlin
Internetkommission

17. Mai 2002, Berlin
Vorstellung der Homepage www.stoiber.de

21. Mai 2002, Berlin
Zukunftskonferenz Werte mit PV Dr. Angela Merkel, Dr. Christoph Böhr: Zeit für Verantwortung

22. Mai 2002, Erfurt
Kampagnenkonferenz

24. Mai 2002, Berlin
Fachgespräch Forschung des BFA Forschung und Innovation

28. Mai 2002, Dortmund
Kampagnenkonferenz

29. Mai 2002, Berlin
BFA Medienpolitik

31. Mai 2002, Potsdam
Kampagnenkonferenz

3. Juni 2002, Berlin
Präsidiums- und Bundesvorstandssitzung

3. Juni 2002, Berlin
Pressekonferenz PV Dr. Angela Merkel: Ergebnisse der Bundesvorstandssitzung

4. Juni 2002, Berlin
2. Internet-Night der CDU-Deutschlands

10. Juni 2002, Berlin
Vorstellung der Homepage www.zeit-fuer-taten.de

10. Juni 2002, Berlin
Sitzung der Wertekommission

14. Juni 2002, Berlin
Aussiedlerbeauftragtenkonferenz

14. Juni 2002, Berlin
Pressekonferenz GS Laurenz Meyer zum bevorstehenden Parteitag

14. Juni 2002, Berlin
Filmempfang der CDU-Deutschlands

16. Juni 2002, Frankfurt/Main
Präsidiums- und Bundesvorstandssitzung

17./18. Juni 2002, Frankfurt/Main
15. Parteitag der CDU Deutschlands

6. Juli 2002, Berlin
Start der Homepage www.regierungsprogramm.de